

**Erschienen in:** Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2001, 57-89.

**Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.**

*Harald Schoen/Jürgen W. Falter*

## ***It's time for a change!* – Wechselwähler bei der Bundestagswahl 1998**

### **1. Einleitung**

Was die FDP im bundesdeutschen Parteiensystem lange Zeit für sich beanspruchen konnte, gilt für die Wechselwähler nach wie vor: In der politischen Auseinandersetzung sind sie das Zünglein an der Waage. Entscheiden sie auch nicht exklusiv darüber, ob sich Parteien über Stimmenzugewinne freuen dürfen oder nach Erklärungen für Einbußen suchen müssen, da auch demographisch bedingte Veränderungen in der Zusammensetzung des Elektorats sowie parteipolitisch unterschiedlich verlaufende Wahlenthaltungen darauf Einfluß haben, so ragen die Wechselwähler doch eindeutig heraus. Denn ein Parteiwechsel fügt unmittelbar *einer* Partei einen Stimmenverlust zu und bringt *einer anderen* gleichzeitig einen Stimmenzuwachs ein, wohingegen beispielsweise eine Wahlenthaltung zwar *einer* Partei direkten Schaden zufügt, *anderen* aber nur indirekt nützt. Von vielen Beobachtern als Wählersegment in einer für den politischen Wettbewerb strategischen Position identifiziert (vgl. Faul 1960: 225; Hermens 1968: 14; Radunski 1980: 56), verwundert es nicht, daß die Wechselwähler von den Parteien im Wahlkampf besonders intensiv umworben werden.

Auch im Wahlkampf 1998 versuchten die Parteien nicht nur, ihre Stammklientel zu mobilisieren, sondern auch Wähler zur Revision ihres Votums von 1994 zu bewegen. Ebenso wie die propagandistische Auseinandersetzung insgesamt von der SPD beherrscht wurde, lieferte sie auch das eindrucklichste Beispiel für das Werben der Parteien um Wechselwähler (siehe etwa von Alemann 1999: 39-47). Denn ihr Schlagwort "Innovation und Gerechtigkeit" zielte einerseits darauf ab, traditionelle SPD-Anhänger zu mobilisieren, andererseits sollten – und zwar mit "Innovation" – Bürger außerhalb dieses Reservoirs, vor allem enttäuschte bisherige Unionswähler, angesprochen und für einen Wechsel zur SPD gewonnen werden. Dabei hatte die Sozialdemokratie anscheinend ziemlich konkrete Vorstellungen von diesen Wechselwählern, empfahl sie sich doch immer wieder als die Partei der "Neuen Mitte" und betrachtete damit – sieht man in dieser Formel nicht nur eine ebenso wohlklingende wie weitgehend inhaltsleere Kombination zweier positiver Begriffe – die Parteiwechsler als sozialstrukturell abgrenzbares Bevölkerungssegment (siehe Wiesenthal 2000: 23).

Nach dem 27. September 1998 verlagerte sich der Schwerpunkt der politischen Auseinandersetzung merklich. Sie kreiste nun vordringlich um die inhaltliche Interpretation des Wahlergebnisses (siehe etwa Gabriel und Brettschneider 1998; Jung und Roth 1998; Pappi 1999). Auf der einen Seite fanden sich die Anhänger der These, hinter der erstmals durch Wahlen erzwungenen Ablösung einer Regierung stehe der Wunsch der Wahlbürger nach einer anderen sachpolitischen Ausrichtung der Regierungspolitik. Als eifrigster Verfechter dieser Lesart des Wahlergebnisses trat der SPD-Vorsitzende Lafontaine hervor, der immer wieder für einen "Politikwechsel" warb. Auf der anderen Seite der regierungsinternen Auseinandersetzung fanden sich jene Kräfte, die das Wählervotum vor allem als ein Plebiszit gegen den alten und für den neuen Bundeskanzler sahen. In dieser Deutung drückte sich in dem Regierungswechsel vor allem der Wunsch der Bevölkerung nach einem Personalrevirement in der Regierung aus. Die Auseinandersetzung um die Interpretation des rot-grünen Wahlsieges – bereits angelegt in der Wahlkampagne des großen Koalitionspartners und verkörpert von dessen Doppelspitze aus Parteivorsitzendem und Kanzlerkandidaten – zielte auf die Motive der Stimmbürger und – dank deren zentraler Bedeutung – nicht zuletzt der Wechselwähler ab: Haben sie sich 1998 vor allem von Kandidatenimages beeinflussen lassen, oder hat die Orientierung an politischen Sachfragen den Ausschlag gegeben?

Die regierungsinterne Auseinandersetzung ist – nicht zuletzt dank des Rückzugs des SPD-Vorsitzenden – machtpolitisch mittlerweile zugunsten der Personalwechsel-These entschieden. Da politische Auseinandersetzungen hauptsächlich auf die Durchsetzung von Interessen und weniger auf die theoretische und empirische Fundiertheit der vorgetragenen Standpunkte und der erzielten Resultate abzielen, läßt sich allerdings aus dieser Lösung des Konflikts nicht notwendig auf die Wählermotive schließen. Um sie zu überprüfen, ist eine empirische Analyse der Wechselwähler und ihrer Motive erforderlich. Dies zu leisten ist das Hauptanliegen der vorliegenden Untersuchung.

Zunächst diskutieren wir in einem ersten Schritt verschiedene Instrumente zur Erfassung von Wechselwählern; im gleichen Abschnitt beleuchten wir die Parteiwechsler anhand zweier Ansätze, die geeignet erscheinen, die Fragen nach der sozialen Verortung und nach den Motiven der Wechselwähler zu klären, der Cleavage-Theorie und des Michigan-Modells. Nach einer knappen Beschreibung des verwendeten Datenmaterials wenden wir uns sodann der empirischen Analyse der Häufigkeit von Wechselwählern 1998 zu, wobei wir vor allem die Eignung verschiedener Erhebungsmethoden untersuchen. Schließlich analysieren wir die empirische Tragfähigkeit der anhand des Cleavage- und des Michigan-Modells entwickelten Hypothesen zur Erklärung der Wechselwahl. Abschließend fassen wir die zentralen Befunde zusammen und leiten daraus Folgerungen für die Politik und die politikwissenschaftliche Forschung ab.

## 2. Theoretische Vorüberlegungen

### 2.1. Zur Abgrenzung und Erfassung von Wechselwählern

Eine empirische Analyse von Wechselwählern setzt notwendig eine Klärung dessen voraus, was unter Wechselwahl verstanden werden soll. In diesem Beitrag verwenden wir die bereits von Kaase (1967: 71-84) vorgeschlagene und später von Zelle (1995a: 97-99) aufgegriffene Abgrenzung. Danach gilt als Wechselwähler, wer bei zwei aufeinanderfolgenden Bundestagswahlen die Stimme gleicher Art, in unserem Falle die Zweitstimme, für zwei unterschiedliche Parteien abgibt. Die Beschränkung auf die Parteiwechsler (vgl. Kaase 1967: 81; Stöss 1997: 37-39) läßt einige Bürger unberücksichtigt, die ebenfalls zu einer Verschiebung der parteipolitischen Kräfteverhältnisse zwischen zwei Urnengängen beitragen. Es handelt sich um Personen, die in einem Fall von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, sich im anderen jedoch der Stimme enthalten, sowie um solche Wähler, die während einer Legislaturperiode das Wahlrecht erlangen oder in diesem Zeitraum aus dem Elektorat ausscheiden. Folglich können wir keine Auskunft darüber geben, welchen Anteil die verschiedenen Komponenten der *floating vote* (siehe zur angelsächsischen Diskussion um die *floating vote* bereits Milne und Mackenzie 1955: 65-68; Daudt 1961: 7-20) am Zustandekommen eines bestimmten Wahlergebnisses haben (siehe klassisch hierzu Butler und Stokes 1969: 275-312; Särilvik und Crewe 1983: 30-73).

Mit diesem Verzicht erkaufen wir uns den Vorzug analytischer Klarheit: Wir untersuchen ausschließlich die echten Parteiwechsler. Dies erscheint aus zwei Gründen als vorteilhaft: Zum einen stellt der Anteil der Parteiwechsler an der Wählerschaft einen trennschärferen Indikator für die seitens der Bürger wahrgenommenen politischen Entfernungen zwischen den Parteien dar als die gesamte *floating vote*. Denn letztere vermischt diese Informationen mit Auskünften über die Mobilisierungskraft der Parteien sowie der Verteilung der Parteipräferenzen über die Altersgruppen (siehe hierzu Rattinger 1994a). Zum anderen versetzt uns diese definitorische Zurückhaltung zusätzlich in die Lage, genauere Ergebnisse über die Gründe für wechselndes Wahlverhalten zu gewinnen. Denn hinter dem Parteiwechsel im hier definierten Sinne einerseits und der einmaligen Nichtwahl andererseits sind durchaus unterschiedliche Motivlagen zu vermuten, so daß eine Gleichsetzung beider Phänomene Gefahr liefe, Unterschiede in den Beweggründen zu verwischen oder sogar jede Identifizierung empirisch stichhaltiger Erklärungen zu verhindern.

Ein analoges Argument spricht dafür, die Wechselwähler nicht als homogene Gruppe zu betrachten, sondern weiter auszudifferenzieren (vgl. Kort-Krieger 1994: 92; Kaase 1967: 112). Eine solche Unterscheidung darf jedoch nicht zu einer separaten Betrachtung jedes Wählerstroms zwischen zwei Parteien führen, da dies ge-

neralisierbare Aussagen sowie intertemporale oder internationale Vergleiche stark erschwerte. Statt dessen bietet sich eine theoretisch fundierte Unterscheidung nach der politischen Bedeutung der einzelnen Wählerbewegungen an, wofür als Kriterium der Beitrag eines Wechsels der Wahlentscheidung zur Machtverschiebung zwischen Regierung und Opposition dient (vgl. Finkel und Schrott 1994: 12-13; Stöss 1997: 86-88; Zelle 1994: 57-58, 1995a: 130).

Danach sind in der Bundesrepublik drei große Kategorien von Wählerströmen zu unterscheiden. Die politisch weitreichendsten Konsequenzen haben jene Wählerbewegungen, die die Grenze zwischen Regierung und Opposition überqueren, da sie unmittelbar zu einer Verschiebung der politischen Gewichte zwischen den beiden zentralen machtpolitischen Blöcken beitragen. Indes unterscheiden sich die Ströme in beiderlei Richtung – in einem echten Zwei-Parteien-System sind sie deckungsgleich mit der Wechselwahl (siehe Norpoth 1999: 96) – insofern, als ein Wechsel von der Opposition zu einer Regierungspartei die bestehende Machtverteilung stabilisiert. Dagegen sorgt ein Wechsel in der entgegengesetzten Richtung für eine Schwächung der Regierungsmehrheit und kann – bezogen auf die Zuweisung der Regierungs- und der Oppositionsrolle – als das eigentlich belebende Element in einem Regierungssystem mit alternierenden Mehrheiten gelten.

Als zweite Kategorie lassen sich jene Parteiwechsel identifizieren, die innerhalb eines – über den parlamentarischen Status definierten – Lagers verbleiben. Ihre machtpolitischen Folgen sind von geringerer Bedeutung, da zwar eine vier Jahre zurückliegende Wahlentscheidung zugunsten einer Partei revidiert wird, aber die Stimme im gleichen politisch-parlamentarischen Lager verbleibt. An der Zuweisung der Regierungs- und Oppositionsrollen ändern diese Wählerbewegungen nichts, so daß man von einem machtpolitischen Nullsummenspiel sprechen kann.

Neben der lagerübergreifenden und der lagerinternen Wechselwahl gibt es in dieser Kategorisierung schließlich – drittens – Wählerbewegungen, die sich nicht in das Wechselspiel zwischen amtierender und potentieller Regierung einordnen lassen. Denn Stimmbürger können bei zwei aufeinanderfolgenden Wahlen auch zwischen Parteien, die keinem der beiden Blöcke zuzurechnen sind, oder zwischen einer "lagerfreien" und einer in die Lagerlogik eingebetteten Gruppierung wechseln. Diese lagerexternen Wählerbewegungen berühren die Machtverteilung eher indirekt<sup>1</sup>.

Um diese Begrifflichkeit für eine empirische Analyse der Wechselwahl einsetzen zu können, bedarf es einer Meßoperation, die jeden Wähler einer der skizzierten Wechselkategorien zuordnet oder ihm stabiles Stimmverhalten bescheinigt. Dazu werden in der Literatur zwei Verfahren diskutiert. Zum einen wird die Paneltechnik vorgeschlagen. Dabei werden ein und dieselben Personen sowohl zum Zeitpunkt der ersten relevanten Wahl als auch bei der zweiten Stimmabgabe nach

1 Die britische Literatur nimmt eine ähnliche Differenzierung vor. Sie unterscheidet Wählerbewegungen zwischen der *Labour Party* und den *Tories* (*straight switching*) und solche hin zu oder weg von einer der kleinen "dritten" Parteien (vgl. etwa Butler und Stokes 1969: 279-280; Crewe 1981: 277; Rose und McAllister 1990: 167).

ihrer jeweils aktuellen Wahlentscheidung gefragt. Alternativ zur Wiederholungsbefragung steht die Rückerinnerungsmethode zur Verfügung: Hier werden die Respondenten zum Zeitpunkt des zweiten interessierenden Urnengangs um eine Auskunft sowohl über ihre aktuelle Wahlentscheidung als auch über ihr vier Jahre zurückliegendes Votum gebeten. Da die zweite Methode lediglich eine Erhebung erfordert und damit wesentlich kostengünstiger ist als die aufwendigere Wiederholungsbefragung, erscheint es begrifflich, daß die Forschung zur Wechselwahl in der Bundesrepublik beinahe ausschließlich auf die Rückerinnerungstechnik zurückgegriffen hat (vgl. Kaase 1965, 1967; Klingemann und Pappi 1970; Klingemann 1985; Kort-Krieger 1994; Stöss 1997; Zelle 1994, 1995a, 1995b, 1998; Ausnahmen bilden Baur 1976 sowie Noelle-Neumann und Reitzle 1991: 265).

Vor dem Hintergrund der methodisch reflektierten internationalen Literatur mutet diese Entscheidung indes weniger selbstverständlich an. Denn wiederholt wurde anhand von Panelanalysen nachgewiesen, daß die Angaben der Respondenten auf die Frage nach ihrem eine Legislaturperiode zurückliegenden Stimmverhalten nicht notwendigerweise mit ihren Auskünften zum Zeitpunkt dieses Urnengangs übereinstimmen. Insbesondere konnte eine Tendenz nachgewiesen werden, Angaben zum Stimmverhalten bei der zurückliegenden Wahl den aktuellen Parteipräferenzen anzupassen (vgl. für die USA: Weir 1975: 57; für Großbritannien: Benewick et al. 1969: 184-187; Himmelweit et al. 1978; für die Niederlande: van der Eijk und Niemöller 1979: 291-301). Die Ursache dafür sieht das Schrifttum darin, daß viele Bürger politisch nur wenig interessiert seien, weshalb sie sich nur schwer an ihr eine Legislaturperiode zurückliegendes Wahlverhaltens erinnern könnten (siehe etwa Cahalan 1968: 609-610). Da einige Respondenten jedoch als "gute Befragte" erscheinen wollten, die keine Frage unbeantwortet lassen, würden sie sich nicht zu ihren Erinnerungslücken bekennen, sondern eine Wahlentscheidung angeben (siehe etwa Schuman und Presser 1981: 147-160). Und häufig nutzten Probanden ihre aktuelle politische Präferenz, nach der sie in der Regel ebenfalls gefragt werden, als Mittel, eine geeignete Antwort auf die Rückerinnerungsfrage abzuleiten (siehe Converse 1962: 580; Reiter 1980: 388). Diese Tendenz, in der Vergangenheit liegendes Verhalten in Einklang mit aktuellen Präferenzen zu rekonstruieren, läßt vermuten, daß mit der Rückerinnerungstechnik der Anteil der Wechselwähler systematisch unterschätzt wird (vgl. etwa Baur 1976: 283; Berger et al. 1983: 52; Klingemann 1985: 240; Juhász 1993: 28; Stöss 1997: 41).

Im Lichte der vorgeschlagenen Unterscheidung verschiedener Arten der Wechselwahl läßt sich diese Hypothese weiter differenzieren. Wenn tatsächlich das unterstellte Harmoniestreben manche Befragte ihr Wahlverhalten in der Retrospektive stabiler darstellen läßt, als es tatsächlich war, so sollten einem Respondenten nicht sämtliche Typen der Wechselwahl als gleichermaßen vermeidenswert gelten: Je schwerwiegender eine Wählerbewegung erscheint, um so größer sollte die Neigung der Respondenten sein, sie zu verschweigen. Folglich sollten vor allem die lagerübergreifenden Stimmenverschiebungen mit der Recallmethode unterschätzt werden. Vergleichsweise gut dürfte die Rückerinnerungstechnik dagegen jene

Wählerbewegungen abbilden, die innerhalb der Grenzen eines parlamentarischen Lagers verbleiben.

Hingegen lassen sich in der West-Ost-Perspektive keine wohlbegründeten Vermutungen über etwaige Unterschiede formulieren. Vielmehr ist davon auszugehen, daß das Harmoniestreben beiderseits der Elbe gleichermaßen stark ausgeprägt ist und die Rückerinnerungstechnik die Wählerbewegungen in gleichem Ausmaß unterschätzt, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau: Zahlreiche Analysen der gesamtdeutschen politischen Landschaft charakterisieren die ostdeutsche Bevölkerung in ihren politischen Einstellungen und damit auch ihren Parteipräferenzen als weit weniger gefestigt als ihre westdeutschen Landsleute (vgl. etwa Rattinger 1994b; Falter und Rattinger 1997; Gabriel 1997; Falter und Schoen 1999), so daß in den neuen Ländern merklich größere Wählerbewegungen zu erwarten sind.

## 2.2. *Gründe für wechselndes Wahlverhalten*

Die eingangs dargestellten stillschweigenden Annahmen über die Ursachen der Wechselwahl, wie sie zur Bundestagswahl 1998 formuliert worden sind, legen es nahe, zwei in der empirischen Wahlforschung etablierte Modelle zur Erklärung von Wahlverhalten auf den Wechsel der Parteipräferenz anzuwenden. Zunächst werden wir die Cleavage-Theorie mit ihren Implikationen für die Analyse von Wählerbewegungen vorstellen, ehe wir in einem zweiten Abschnitt die Parteiwechsler im Lichte des Michigan-Modells betrachten.

### 2.3.1. Wechselwahl in der Cleavage-Theorie

In der makrosoziologisch argumentierenden Cleavage-Theorie (vgl. Lipset und Rokkan 1967) werden Wechselwähler nur indirekt behandelt. Im Zentrum des Interesses stehen die Stammwähler. Diese erkennen die Autoren in den Angehörigen jener gesellschaftlichen Großgruppen, die mit einer politischen Partei ein Bündnis zum gegenseitigen Vorteil geschlossen haben: Dem Bevölkerungssegment verschafft es eine Interessenvertretung in der politischen Arena, und der Partei bringt eine solche Allianz ein Reservoir treuer Wähler ein (vgl. Stinchcombe 1975: 574-584). Im Umkehrschluß können diejenigen Bürger als potentielle Wechselwähler gelten, die nicht einer auf diese Weise parteipolitisch gebundenen gesellschaftlichen Großgruppe angehören.

Von den vier gesellschaftlichen Konfliktlinien, an denen sich nach Lipset und Rokkan (1967: 47) in der europäischen Geschichte Bündnisse zwischen gesell-

schaftlichen Gruppen und politischen Parteien entwickeln konnten, haben in Deutschland nur zwei eine nachhaltige politische Wirkung entfaltet (vgl. etwa Pappi 1973, 1977, 1986, 1990; Klingemann 1985: 244-252; Pappi und Mnich 1992; Klingemann und Steinwede 1993; Gabriel und Brettschneider 1994; Gluchowski und von Wilamowitz-Moellendorff 1997). Erstens prägt das konfessionelle Cleavage, das sich in der Nachkriegszeit zu einer religiösen Spannungslinie gewandelt hat, den politischen Wettbewerb. Auf der einen Seite können die Mitglieder der beiden christlichen Kirchen als Stammklientel der Unionsparteien gelten. Auf der anderen Seite sollten jene Menschen, die weder der katholischen noch der evangelischen Kirche angehören, in ihrem Stimmverhalten nicht festgelegt sein und zur Wechselwahl neigen. Da die bloße Konfessionszugehörigkeit nur wenig über die Einstellungen und Werthaltungen einer Person verrät, kann in einem zweiten Schritt der Kreis der Unionsklientel auf die kirchengebundenen Christen reduziert werden; dagegen können die reinen Taufscheinkatholiken und -protestanten in dieser Sichtweise den parteipolitisch wetterwendischen Bürgern zugerechnet werden.

Die zweite zentrale Spannungslinie ist vom sozio-ökonomischen Konflikt zwischen Kapitaleignern und abhängig Beschäftigten gekennzeichnet. Der letzteren Gruppe, idealtypisch verkörpert von der Industriearbeiterschaft, dient die Sozialdemokratie als politische Vertretung. Ihr stehen die Angehörigen des alten Mittelstands, also die Selbständigen und Landwirte, gegenüber, die ihre ökonomischen Interessen von Unionsparteien und Liberalen in der politischen Auseinandersetzung verfochten sehen. Damit können die Angehörigen dieser beiden Bevölkerungsgruppen, insbesondere jedoch diejenigen, die zusätzlich Mitglied einer Organisation sind, welche sich wie die Gewerkschaften die Durchsetzung der jeweiligen ökonomischen Ziele auf die Fahnen geschrieben hat, als Stammwähler der jeweiligen Klientelpartei gelten. Ohne eine eindeutige Zuordnung bleiben in diesem Schema hingegen die Angehörigen der sogenannten neuen Mittelschicht (siehe Dahrendorf 1957), also die Angestellten und Beamten. Diese Personengruppe steht gleichsam zwischen den Selbständigen, von denen sie ihre materielle Abhängigkeit trennt, und der klassischen Arbeiterschaft, deren von manuellen Tätigkeiten bestimmte Berufspraxis nur wenig mit den Aufgaben von Angestellten und Beamten gemein hat. Folglich sind der Theorie nach die Wechselwähler vor allem in diesem Bevölkerungssegment zu suchen<sup>2</sup>.

Die eindeutige sozialstrukturelle Identifikation von Stamm- und Wechselwählern wird indes dadurch kompliziert, daß einzelne Personen hinsichtlich beider Spannungslinien politisierten Bevölkerungsgruppen angehören und ihre Gruppen-

2 In der jüngeren wahlsoziologischen Literatur wird eine feinere Aufgliederung der Bevölkerung nach der sozialen Schichtzugehörigkeit diskutiert (vgl. etwa Müller 1997: 750; Müller 1998: 6-14). Eine solche Konzeptualisierung implizierte, daß der allergrößte Teil des Elektorats seine Wahlentscheidung aus seiner Schichtzugehörigkeit ableiten könnte. Folglich verbliebe kaum ein gesellschaftliches Segment, das nicht aus seiner sozialen Position seine Wahlentscheidung begründen könnte, so daß eine sozialstrukturell argumentierende Analyse der Wechselwahl praktisch *ad absurdum* geführt würde. Deshalb verzichten wir an dieser Stelle darauf, diesen Diskussionsstrang weiter zu verfolgen.

mitgliedschaften unterschiedliche Wahlentscheidungen nahelegen können. Ein Bürger, der solchen *cross-pressures* (vgl. Lazarsfeld et al. 1944: 53; siehe auch Zuckerman et al. 1994) ausgesetzt ist, kann aus seiner sozialstrukturellen Position kein eindeutiges Parteivotum ableiten. Deshalb sollte sich dieser Personenkreis – ein Paradebeispiel hierfür sind gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die sich gleichzeitig einer christlichen Kirche verbunden fühlen – in seinem Wahlverhalten ebenfalls als besonders unberechenbar erweisen.

### 2.3.2. Wechselwahl im Michigan-Modell

Auch das stärker sozialpsychologisch argumentierende Michigan-Modell stellt die Wechselwähler nicht in den Mittelpunkt. Denn das Kernkonzept dieses Modells, die Parteiidentifikation (vgl. Belknap und Campbell 1952; Campbell et al. 1954: 88-111; Campbell et al. 1960: 120-167), dient dazu, mit Hilfe politischer Einstellungen stabiles Wahlverhalten zu erklären. Danach wird in der frühen politischen Sozialisation eine langfristig stabile affektive Bindung an eine politische Partei erworben, die sich im Laufe des Lebens intensiviert und das Wahlverhalten präformiert. Doch sorgt sie nicht nur auf diesem direkten Wege für eine Stabilisierung des Stimmverhaltens, sondern wirkt auch indirekt in die gleiche Richtung, indem sie eine Reihe anderer, weniger zentraler und weniger tief verankerter Attitüden im Sinne der bevorzugten Partei färbt. Zu diesen kurzfristig variablen Einstellungen rechnen die beiden anderen Komponenten der Determinanten-Trias im Michigan-Modell: Einstellungen zu politischen Sachfragen und die Bewertung des Personalangebots der Parteien.

Die Skizze des Michigan-Modells legt nahe, wo in dieser Konzeption die Wechselwähler zu suchen sind. Die längerfristigen Parteianhänger können in ihren politischen Einstellungen und in ihrem Wahlverhalten als gefestigt gelten. Anders die Bürger ohne eine affektive Bindung an eine Partei: Da ihnen der stabilisierende Anker fehlt, scheinen sie für wechselndes Wahlverhalten wie geschaffen. Jedoch sollte man keine perfekte Beziehung erwarten. Denn einerseits können Wähler ohne Partiaffinität anhand anderer Kriterien als der Parteinamen bei zwei aufeinanderfolgenden Wahlen zum gleichen Votum gelangen. Andererseits sieht das Michigan-Modell mit der Issue- und Kandidatenorientierung Größen vor, die gerade dazu dienen, Abweichungen von der langfristigen affektiven Parteiloyalität an der Wahlurne zu erklären<sup>3</sup>.

Diese Überlegung spricht dafür, die Analyse der Wechselwahl aus sozialpsychologischer Perspektive nicht auf die Frage zu reduzieren, ob sich ein Bürger als Parteianhänger fühlt. Vielmehr sollte auch dem Verhältnis zwischen den drei Kom-

3 Dieses Argument liegt auch der von Butler und Stokes (1969: 298-303) herausgearbeiteten *homing tendency* zugrunde.



ponenten des Michigan-Modells Aufmerksamkeit gewidmet werden. Für wechselndes Wahlverhalten spricht danach ein Konflikt zwischen verschiedenen für die Wahlentscheidung relevanten Attitüden: Weisen Parteibindung, Sachfragenorientierung und Kandidatenpräferenz in unterschiedliche parteipolitische Richtungen, so ist ein Wechsel der Wahlentscheidung wahrscheinlich. Gleiches gilt bereits, wenn nur zwei Komponenten im Widerstreit stehen oder einem Bürger verschiedene Parteien als kompetent erscheinen, wichtige politische Probleme zu lösen (vgl. Campbell et al. 1954: 17-27, 166-174; Campbell et al. 1960: 77-86).

Der Eindruck, konfligierende Einstellungen seien eine wesentliche Determinante wechselnden Wahlverhaltens, wird von Befunden zu einer Reihe von Korrelaten des Parteiwechsels verstärkt. Demnach geben Wechselwähler ihr Votum mit weniger Enthusiasmus ab als Bürger, die einer Partei die Treue halten (vgl. Himmelweit et al. 1985: 41). Ferner treffen sie ihre Wahlentscheidung relativ kurz vor einem Urnengang (vgl. Lazarsfeld et al. 1944: 57; Kaase 1967: 94) und sind sich dieser nicht vollkommen sicher (vgl. Berelson et al. 1954: 19). Sofern eine Möglichkeit zum Stimmensplitting existiert, geben Wechselwähler außerdem überproportional häufig gemischte Voten ab (vgl. Campbell et al. 1954: 25; Bybee et al. 1981: 76-79; Schmitt-Beck und Schrott 1994: 549-552)<sup>4</sup>.

Die Logik des Michigan-Modells läßt es sinnvoll erscheinen, die bisher auf die Querschnittsperspektive beschränkte Argumentation um eine dynamische Komponente zu ergänzen. Beispielsweise dürfte ein Bürger, der beim zurückliegenden Urnengang für eine Partei stimmte, weil er deren wirtschaftspolitische Kompetenz besonders schätzte, mittlerweile aber die ökonomischen Rezepte einer anderen Formation favorisiert, nicht für die gleiche Partei wie beim letzten Mal votieren. Allgemein sollten die Bürger, die ihre Kompetenzzuweisungen an die Parteien und die Beurteilung des Spitzenpersonals dieser Parteien geändert haben, auch ihr Wahlverhalten wandeln.

Obgleich innerhalb der Michigan-Trias Sachfragen- und Kandidatenorientierungen als gleichermaßen wandelbar gelten, zeichnet sich zwischen beiden eine wichtige Asymmetrie ab, wenn man mit ihrer Hilfe die Wechselwahl in der Bundesrepublik zu erklären sucht. Als kompetent, subjektiv wichtige politische Probleme zu lösen, kann ein Bürger jede Partei erachten. Entsprechend kann er in seiner Wertschätzung auch zwischen allen wechseln, so daß Änderungen in der Kompetenzzuweisung theoretisch alle Typen der Wechselwahl hervorbringen können. Anders verhält es sich im Falle des politischen Spitzenpersonals. In der Bundesrepublik nominieren nur die beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD, die als Kristallisationskerne der politischen Lager fungieren, Kanzlerkandidaten. Folglich

4 Aus einer auf die Parteiidentifikation konzentrierten Erklärung der Wechselwahl lassen sich zwei zusätzliche sozialstrukturelle Korrelate des Parteiwechsels ableiten. Erstens ist wegen der Erkenntnisse zur Genese und Entwicklung von Parteibindungen (siehe Converse 1969, 1976; Gluchowski 1983) zu erwarten, daß mit steigendem Lebensalter die Wechselbereitschaft nachläßt. Zweitens sollten vor dem Hintergrund der funktionalen Interpretation der Parteineigung (vgl. Shively 1979: 1050-1051) Wechselwähler überdurchschnittlich gebildet sein.

können Änderungen in der Kandidatenpräferenz nicht für sämtliche Wählerbewegungen gleichermaßen verantwortlich gemacht werden, sondern ganz überwiegend nur für solche zwischen den politischen Lagern.

Der zuletzt angesprochene Aspekt lenkt den Blick zugleich auf mögliche Differenzen in der Erklärungskraft der beiden vorgestellten Modelle. Sozialstrukturelle Merkmale sind über die Zeit naturgemäß ausgesprochen stabil. Dagegen sind politische Einstellungen nicht nur modellogisch weitaus näher an der Wahlentscheidung angesiedelt, sondern sie können überdies stark fluktuieren. Deshalb erscheint das sozialpsychologische Modell, nicht zuletzt in seiner dynamischen Variante, erheblich erfolgversprechender als das makrosoziologisch argumentierende Cleavage-Modell.

### 3. Daten

Unsere Forschungsfragen zielen unter anderem darauf, die Eignung der Rückerinnerungs- und der Panelmethode zur Messung der Wechselwahl zu überprüfen und wechselndes Wahlverhalten auch durch *Veränderungen* in unabhängigen Variablen zu erklären. Beide Vorhaben setzen Erhebungen zum Zeitpunkt mindestens zweier Wahlen voraus. Erfreulicherweise können wir auf Daten aus einer eine gesamte Legislaturperiode umspannenden Wiederholungsbefragung zurückgreifen. Dieses erste der akademischen Forschung allgemein zugängliche<sup>5</sup> Panel wurde im Rahmen des DFG-Projekts "Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland" im Umfeld der Bundestagswahlen 1994 und 1998 durchgeführt.

Von den insgesamt 2117 Befragten (890 West, 1227 Ost), die an beiden Wellen der Wiederholungsbefragung teilnahmen, beziehen wir nicht alle in unsere Analysen ein. Im ersten Teil berücksichtigen wir nur jene, die 1994 und 1998 entweder vor der Wahl oder in beiden Fällen nach dem Urnengang konsultiert worden sind. Zweitens beziehen wir, um möglichst tatsächliches Wahlverhalten zu erfassen, nur die Personen in die Untersuchung ein, die in der Vorwahlbefragung angaben, an dem bevorstehenden Urnengang "bestimmt" oder "wahrscheinlich" teilzunehmen. Drittens müssen die Respondenten sowohl auf die Frage nach der aktuellen Wahlentscheidung 1994 und 1998 als auch auf die 1998 gestellte Frage nach dem vier Jahre zurückliegenden Wahlverhalten eine substantielle Antwort gegeben haben. Für die Analysen im ersten Teil ist die letzte Bedingung unerlässlich, da sie gewährleistet, daß dieselben Personen einmal mit Hilfe der Rückerinnerungsfrage und einmal mit Hilfe der Paneloperationalisierung klassifiziert werden. Im zweiten

5 Das Institut für Demoskopie Allensbach führt im Rahmen seines politischen Panels regelmäßig derartige Wiederholungsbefragungen durch (vgl. Noelle-Neumann und Reitzle 1991: 263-265), die bisher allerdings nicht allgemein zugänglich sind.

Teil lassen wir diese Bedingung fallen. Denn hier interessieren wir uns nicht für einen Vergleich der beiden Operationalisierungen, sondern werden nur noch mit Hilfe der Panelvariante die Gründe für die Wechselwahl genauer beleuchten.

Neben unschätzbaren Vorzügen sind Wiederholungsbefragungen auch mit Nachteilen verbunden. Erstens könnte es sein, daß die Teilnahme eines Probanden an einer Befragungswelle sein Antwortverhalten in darauffolgenden Erhebungswellen beeinflußt. Auch wenn man das Problem von Konditionierungseffekten (siehe etwa Powers et al. 1978: 381; Bartels 1999: 4-5) nicht unterschätzen sollte, so scheint es im Falle eines vier Jahre umspannenden Intervalls nicht derart gravierend zu sein wie bei kürzeren Zeiträumen. Das zweite wesentliche Problem, nämlich die Panelmortalität, wächst hingegen tendenziell mit der Länge des Befragungszeitraums. Das Ausscheiden einzelner Respondenten aus dem Panel führt nicht nur zu einem Rückgang der Zahl der verwertbaren Fälle. Vielmehr neigen nicht alle Probanden gleichermaßen dazu, sich aus der Befragung zurückzuziehen, so daß die im Panel verbleibenden Personen in der Regel kein repräsentatives Abbild der Ausgangsstichprobe (und damit der ursprünglich angezielten Grundgesamtheit) bilden. Auch die vorliegende Wiederholungsbefragung stellt hierin keine Ausnahme dar: Die Teilnehmer der zweiten Panelwelle sind tendenziell besser gebildet, politisch interessierter und fühlen sich häufiger einer Partei verbunden als die Teilnehmer der Ausgangsstichprobe; überdies sind Männer sowie die Angehörigen mittlerer Jahrgänge leicht überrepräsentiert. Solche Verzerrungen in der Zusammensetzung der Stichprobe könnten sowohl die Randverteilungen als auch die Zusammenhänge zwischen den Variablen beeinträchtigen. Da die Verzerrungen im vorliegenden Fall jedoch im Rahmen bleiben, scheint die Validität unserer Resultate zumindest in dieser Hinsicht gesichert zu sein<sup>6</sup>.

#### **4. Die Wählerbewegungen 1998 – empirische Befunde anhand der Rückerinnerungs- und der Panelmethode**

Im Lichte der vorliegenden Literatur erscheinen die Wechselwähler in der Bundesrepublik janusköpfig. Einesteils wird ihre theoretisch herausragende Bedeutung für den politischen Wettbewerb gewürdigt. Andernteils gelten sie als prozentual schmales Wählersegment, was ihre Relevanz für die praktische Politik mindert. Vor allem aber wird häufig darauf hingewiesen, daß die als politisch besonders brisant gekennzeichneten Wählerbewegungen zwischen den Lagern kaum ins Gewicht fielen (vgl. Zelle 1998: 229-232; Güllner 1983: 23). Inwieweit diese Einschätzung auf die Bundestagswahl 1998 zutrifft, gilt es in diesem Abschnitt zu prüfen.

6 Überdies hat Bartels (1999) für die *American National Election Studies* 1992 und 1996 gezeigt, daß Effektschätzungen gegenüber Paneleffekten relativ robust sind.

Ziehen wir zunächst die in der Forschung gängigen Rückerinnerungsdaten<sup>7</sup> heran, so erscheinen die Wechselwähler 1998 keineswegs als eine vernachlässigenswert seltene Spezies. In den alten Bundesländern hat danach immerhin ein Fünftel der Wähler 1998 für eine andere Partei votiert als vier Jahre zuvor. Und in den neuen Ländern gibt sich sogar beinahe ein Drittel des Elektorats als Parteiwechsler zu erkennen (siehe Tabelle 1). Diese Befunde unterstreichen nicht nur die quantitative Bedeutung der Wechselwähler, sondern bestätigen auch die Vermutung, die Ostdeutschen seien in ihrem Wahlverhalten wetterwendischer als die Westdeutschen. Somit versprechen Wahlkampagnen den Parteien in den neuen Ländern vergleichsweise größeren Lohn als in den alten, können ihnen aber auch dramatischere Einbußen einbringen.

Tabelle 1: Wechselwahl 1998 – nach Region, der Art des Wechsels und dem Erhebungsinstrument (in Prozent)

	Rückerinnerung		Panel	
	West	Ost	West	Ost
Zwischen den Lagern	8.3	13.6*	18.3#	14.9
- Regierung → Opposition <sup>a</sup>	7.0	12.3*	10.4	9.4
- Opposition → Regierung <sup>a</sup>	1.2	1.3	7.9#	5.5#
Innerhalb der Lager	8.8	4.9*	8.7	5.7
- Regierungsintern <sup>a</sup>	3.9	1.3*	2.6	1.3
- Oppositionsintern <sup>a</sup>	4.8	3.7	6.1	4.4
Außerhalb der Lager	4.2	11.9*	3.6	19.0*#
Gesamt	21.3	30.4*	30.5*#	39.7*#
N	494	655	494	655

Mit \* gekennzeichnete Differenzen zwischen West- und Ostdeutschland sind mindestens auf dem Fünf-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden; dasselbe gilt für Unterschiede zwischen den Panel- und Recallangaben, die mit # gekennzeichnet sind.

a Als 'Regierung' gelten CDU, CSU und FDP, als 'Opposition' SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Schlüsselt man die Wählerbewegungen nach dem Grad ihrer politischen Bedeutung auf, so bedarf diese Einschätzung einer Differenzierung. Die lagerübergreifenden Wählerbewegungen, vor allem jene von den einstigen Koalitions- zu den ehemaligen Oppositionsparteien, sind in Ostdeutschland deutlich häufiger anzutref-

7 Die anhand der Panelteilnehmer errechneten Werte stimmen weitgehend mit den Resultaten aus repräsentativen Querschnittsbefragungen zur Bundestagswahl 1998 – der Querschnittserhebung der Deutschen Nationalen Wahlstudie, der Vorwahl-Blitzumfrage der Forschungsgruppe Wahlen sowie der vom Forsa-Institut durchgeführten Wahltagsbefragung – überein.

fen als im Westen der Republik. Gleiches gilt für die Wechsel außerhalb der beiden Lager, worin sich vor allem ein Kompositionseffekt niederschlägt: Einmalige PDS-Wähler sind in den neuen Bundesländern weitaus zahlreicher als in den alten. Die Wählerströme mit dem politisch geringsten Sprengstoff, d.h. die Intralagerwechsel, kommen dagegen in Westdeutschland öfter vor als in Ostdeutschland, ja, sie bilden sogar die Modalkategorie, dicht gefolgt von den Interlagerwechseln. Zwischen Elbe und Oder werden sie indessen von den Verschiebungen zwischen und außerhalb der beiden Blöcke bei weitem in den Schatten gestellt. Der politische Wettbewerb beiderseits der Elbe scheint folglich unterschiedlichen Dynamiken zu unterliegen<sup>8</sup>.

Ehe wir jedoch auf die Rückerinnerungsbefunde weitreichende Folgerungen stützen, sollten wir deren Validität anhand der Paneldaten überprüfen. Bei einem Vergleich beider Instrumente fällt als erstes die in beiden Landesteilen gleichermaßen stark ausgeprägte Tendenz der Recallmessung, die Volatilität des Wahlverhaltens um beinahe zehn Prozentpunkte zu unterschätzen, ins Auge: In den alten Ländern haben tatsächlich rund 30 Prozent<sup>9</sup> der Wähler 1994 und 1998 für verschiedene Parteien votiert, und in den neuen Ländern finden sich sogar 40 Prozent Parteiwechsler; die bekannten innerdeutschen Differenzen treten also wieder auf, allerdings auf einem merklich höheren Niveau. Diese Ergebnisse unterstreichen die quantitative Bedeutung der Wechselwähler nachhaltig. Überdies bestätigen sie den lange gehegten Verdacht, daß die Forschung – methodenbedingt – den Anteil der Wechselwähler hierzulande systematisch unterschätzt und diesem Wählersegment ein unverdientes Schattendasein zugewiesen hat.

Die Unterscheidung verschiedener Typen der Wechselwahl bringt weitere bemerkenswerte Befunde an den Tag. Die lagerinternen Wählerströme – insgesamt und nach politischen Blöcken gegliedert – werden in beiden Landesteilen mit der Rückerinnerungstechnik erstaunlich präzise erfaßt. Anders die Interlagerwechsel, die in den alten Bundesländern im Recall um zehn Prozentpunkte zu niedrig ausgewiesen werden. Dies stützt die These, der Verzerrungseffekt der Recallmethode

8 Die in der verwendeten Umfrage ermittelten Anteilswerte für die verschiedenen Parteien entsprechen nicht deren tatsächlichen Stimmanteilen bei der Bundestagswahl 1998. Da die Randverteilungen jedoch unmittelbar auf die Häufigkeit der einzelnen Wechselmuster zurückwirken können, könnten Verzerrungen jener die Validität der Messung der Wechselwahl insgesamt wie der einzelnen Typen zur Folge haben. Um den Einwand – der auf ein nicht eindeutig lösbares Problem hinweist (vgl. Gehring 1994 und die dort angegebene Literatur) – zu entkräften, haben wir die Daten getrennt für West- und Ostdeutschland anhand des Ergebnisses der Bundestagswahl 1998 politisch gewichtet, was dank der bei beiden Wahlen der Richtung nach gleichartigen Verzerrung der Randverteilungen auch die Stimmenanteile für die Wahl 1994 gut annähert. In bezug auf die Wechselwahl zeigt sich, daß die Anteile für die Wechselwahl insgesamt und für die einzelnen Wechseltypen von der politischen Gewichtung kaum beeinflußt werden. Gestützt auf dieses Ergebnis, verzichten wir in unseren Analysen auf eine politische Gewichtung, ohne daß die Aussagekraft unserer Befunde darunter litte; im Gegenteil – dieser Verzicht dürfte sich als vorteilhaft erweisen, da die politische Gewichtung die Analyse von Zusammenhängen kaum kalkulierbar beeinträchtigen könnte.

9 Dieser Befund stimmt beinahe exakt mit der Schätzung von Dalton und Rohrschneider (1990: 303) überein.

wachse mit der politischen Brisanz des gemessenen Parteiwechsels. In den neuen Bundesländern erfährt diese Behauptung indes keine so klare Bestätigung. Zwar werden die Ströme von der Opposition zur Regierung mit der Rückerinnerungstechnik merklich unterschätzt, die umgekehrten Verschiebungen jedoch eher zu hoch ausgewiesen, so daß für diese Kategorie eine insgesamt gute Annäherung an den Panelwert gelingt. Das spiegelbildliche Muster schließlich gilt für die lagerexternen Wechsel. Ihr Anteil wird in Westdeutschland mit dem Recall gut gemessen, in Ostdeutschland hingegen massiv unterschätzt. Dafür dürfte die Tatsache verantwortlich sein, daß die PDS-Wahl in den neuen Ländern zwar durchaus verbreitet ist, aber nach wie vor bei vielen tabuisiert zu sein scheint.

Die skizzierten Methodeneffekte ändern die Struktur der Wählerbewegungen im Panel gegenüber dem Bild, das die Recalltechnik gezeichnet hat. In den alten Ländern entfällt nun der Löwenanteil der Wählerströme auf jene, die die Grenzen zwischen den politisch-parlamentarischen Lagern überschreiten, in den neuen Ländern liegen diese nur knapp hinter den lagerexternen Wählerbewegungen. Beides spricht dafür, daß die Deutschen, wenn sie ihre vier Jahre zurückliegende Wahlentscheidung revidieren, durchaus die politischen Verhältnisse zu verändern suchen; zumindest bei der Wahl 1998 ist dieses Bestreben unverkennbar. Da diese Bereitschaft nur bei der Panelmessung deutlich hervortritt, nicht jedoch bei der Recallvariante, liegt die Vermutung auf der Hand, daß die in der Literatur dominierende Diagnose, die politisch brisanten Parteiwechsel seien in der Bundesrepublik bisher kaum der Rede wert gewesen, vorwiegend den verfügbaren Daten und der damit zwangsläufig verwendeten Meßoperation zuzuschreiben ist.

Zusammenfassend belegt die Analyse der Häufigkeit von Wechselwählern bei der Bundestagswahl 1998 erstens die Fruchtbarkeit einer theoretisch fundierten Differenzierung der Parteiwechsel. Zweitens unterstreichen die innerdeutschen Unterschiede die Notwendigkeit, beide Landesteile separat zu untersuchen. Drittens, und dies ist wohl das wichtigste Ergebnis, haben sich die Zweifel an der Erfassung der Wechselwähler mit Hilfe der Rückerinnerungsfrage auf vielfältige Weise bestätigt (siehe auch Falter und Schoen 2000; Schoen 2000). Deshalb werden wir nachfolgend die Ursachen für die Wechselwahl ausschließlich anhand der Panelvariante untersuchen.

## **5. Gründe der Wechselwahl 1998**

### *5.1. Die Wechselwähler in sozialstruktureller Perspektive*

Bei der Bundestagswahl 1998 vermag die seit langem in der Politik wie auch in der Politikwissenschaft gehegte Annahme, Angehörige bestimmter sozialer Gruppen

seien in ihrem Stimmverhalten besonders unberechenbar, nur wenig zur Erklärung der Wechselwahl beizutragen. Denn die mit Hilfe dieser Argumentation in logistischen Regressionsmodellen reduzierte Devianz<sup>10</sup> bewegt sich in sehr bescheidenen Größenordnungen und liegt mit einer einzigen Ausnahme eher bei null als bei zehn Prozent.

*Tabelle 2: Logistische Regression verschiedener Wechselwahl-Typen<sup>a</sup> auf Cleavage-Variablen (Westdeutschland; Logitkoeffizienten; Standardfehler in Klammern)*

	Sämtliche Wechsel	Lagerinterne Wechsel	Interlagerwechsel	Lagerexterne Wechsel
Konstante	-.33 (.22)	-1.31*** (.32)	-1.15*** (.29)	-2.14*** (.44)
Alter Mittelstand <sup>b</sup>	.05 (.33)	.34 (.47)	-.08 (.42)	-.07 (.95)
Arbeiter <sup>c</sup>	.76** (.27)	.39 (.45)	.95** (.30)	.66 (.68)
Gewerkschaftsmitgliedschaft <sup>d</sup>	-.22 (.47)	-7.20 (22.56)	-.34 (.54)	1.29 (.81)
Kirchenmitgliedschaft <sup>e</sup>	-.70** (.25)	-.88* (.38)	-.40 (.32)	-1.31* (.52)
Kirchenbindung <sup>f</sup>	.06 (.29)	-.30 (.52)	.27 (.34)	-.46 (1.03)
Kirchengebundene Arbeiter <sup>g</sup>	-2.63** (.94)	-6.88 (19.48)	-2.48** (.96)	-6.26 (19.73)
- 2LL (Nullmodell)	642.9	285.0	469.2	152.5
Modell-Chi <sup>2</sup>	27.7***	17.0**	17.0**	18.1**
Korrig. Pseudo-R <sup>2</sup> (x 100)	3.2	3.5	2.1	7.2
Korrekte Prognosen (in %)	69.9	88.6	78.6	94.8
N	536	415	459	388

Signifikanzniveaus: \*: p < 0.05, \*\*: p < 0.01, \*\*\*: p < 0.001.

a 0: 1994 und 1998 Wahl der gleichen Partei; 1: Wechselwahl des in der Kopfzeile angegebenen Typs.

b 1: Selbständige/Landwirte; 0: andere Berufsgruppen.

c 1: Arbeiter; 0: andere Berufsgruppen.

d 1: Arbeiter in Gewerkschaft; 0: nicht.

e 1: Mitglied in einer christlichen Kirche; 0: konfessionslos oder Mitglied einer anderen Glaubensgemeinschaft.

f 1: Christen, die mindestens einmal im Monat den Gottesdienst besuchen; 0: andere.

g 1: Arbeiter, die mindestens einmal im Monat den Gottesdienst besuchen; 0: andere.

10 Wir verwenden das von Andreß, Hagenaars und Kühnel (1997: 291) vorgeschlagene korrigierte Pseudo-R<sup>2</sup>.

Tabelle 3: Logistische Regression verschiedener Wechselwahl-Typen auf Cleavage-Variablen (Ostdeutschland; Logitkoeffizienten; Standardfehler in Klammern)

	Sämtliche Wechsel	Lagerinterne Wechsel	Interlagerwechsel	Lagerexterne Wechsel
Konstante	-.42*** (.11)	-2.32*** (.24)	-1.67*** (.17)	-1.02*** (.14)
Alter Mittelstand	.18 (.28)	-.93 (.88)	.05 (.42)	.49 (.34)
Arbeiter	.37* (.19)	-.07 (.40)	.11 (.27)	.69** (.23)
Gewerkschaftsmitgliedschaft	-.93** (.35)	-6.94 (16.42)	-.09 (.42)	-1.73** (.57)
Kirchenmitgliedschaft	-.04 (.19)	.48 (.37)	.76** (.24)	-1.23*** (.32)
Kirchenbindung	-.29 (.49)	-.80 (1.12)	-.34 (.59)	.11 (.83)
Kirchengebundene Arbeiter	.84 (.68)	1.57 (1.37)	.87 (.82)	.50 (1.06)
- 2LL (Nullmodell)	941.3	269.3	524.2	624.7
Modell-Chi <sup>2</sup>	12.0	12.5	13.9*	35.9
Korrig. Pseudo-R <sup>2</sup> (x 100)	0.5	2.0	1.3	4.6
Korrekte Prognosen (in %)	58.8	91.0	79.2	74.2
N	714	463	545	560

Signifikanzniveaus: \*:  $p < 0.05$ , \*\*:  $p < 0.01$ , \*\*\*:  $p < 0.001$ . Für die Variablen siehe Tabelle 2.

Die Einzelbefunde sind für das Cleavage-Modell kaum erfreulicher. Betrachten wir zunächst die Wechselaktivität aus Sicht der sozio-ökonomischen Konfliktlinie, so ergeben sich mehrere bemerkenswerte Befunde. Erstens sind Selbständige und Landwirte in keinem einzigen Fall weniger wechselfreudig als die neue Mittelschicht, die als Referenzkategorie dient. Wider Erwarten sind auch die Arbeiter nicht stabiler in ihrem Stimmverhalten als Angestellte und Beamte. Im Gegenteil, sie erweisen sich in beiden Landesteilen – insgesamt betrachtet – als ausgesprochen volatil. Hinter diesem Gesamtbefund stehen in West- und Ostdeutschland jedoch unterschiedliche Einzelmuster. In den neuen Bundesländern sind es vor allem lagerexterne Wechsel, die von den Arbeitern vollzogen werden, während im alten Bundesgebiet für diese Schicht eher lagerübergreifende Bewegungen typisch sind. Schlüsselt man diese Wechselkategorie weiter auf, zeigt sich jedoch, daß die Arbeiter 1998 nicht etwa bevorzugt von der Regierung zur Opposition übergegangen sind, sondern paradoxerweise gerade den umgekehrten Weg eingeschlagen haben (siehe Tabelle 4).



Tabelle 4: Logistische Regression der Wählerbewegungen zwischen den Lagern auf Cleavage-Variablen (Logitkoeffizienten; Standardfehler in Klammern)

	Regierung → Opposition		Opposition → Regierung	
	West	Ost	West	Ost
Konstante	-1.51*** (.34)	-2.36*** (.23)	-2.30*** (.46)	-2.34*** (.24)
Alter Mittelstand	-.43 (.60)	.43 (.47)	.26 (.54)	-.66 (.78)
Arbeiter	.75 (.39)	.59 (.31)	1.18** (.41)	-.99 (.55)
Gewerkschaftsmitgliedschaft	.20 (.60)	-.39 (.51)	-1.65 (1.20)	.77 (.72)
Kirchenmitgliedschaft	-.61 (.37)	.90** (.28)	-.12 (.49)	.47 (.38)
Kirchenbindung	.24 (.44)	-.29 (.70)	.31 (.47)	-.33 (.93)
Kirchengebundene Arbeiter	-1.78 (1.01)	-.48 (1.16)	-7.12 (12.01)	2.52* (1.17)
- 2LL (Nullmodell)	325.0	385.8	264.8	267.5
Modell-Chi <sup>2</sup>	10.9	14.8*	14.0*	12.5
Korrig. Pseudo-R <sup>2</sup> (x 100)	1.2	2.0	2.6	2.0
Korrekte Prognosen (in %)	86.5	85.8	89.6	91.4
N	420	508	402	464

Signifikanzniveaus: \*:  $p < 0.05$ , \*\*:  $p < 0.01$ , \*\*\*:  $p < 0.001$ . Für die einzelnen Variablen siehe Tabelle 2.

Die Hypothese, die Mitgliedschaft von Arbeitern in einer Gewerkschaft als deren traditioneller ökonomischer Interessenvertretung vermindere die Wechselbereitschaft, findet in unseren Daten ebenfalls nur wenig Unterstützung. In den alten Bundesländern bleibt jeglicher nachweisbare Effekt aus. In den neuen Ländern immunisiert die Zugehörigkeit zu einer Arbeitnehmerorganisation vorwiegend gegen lagerexterne Wählerbewegungen; für diese Wirkung dürfte der Umstand verantwortlich sein, daß eine Gewerkschaftszugehörigkeit traditionell als Barriere gegenüber einer Entscheidung zugunsten politischer Rand- und Splittergruppen wirkt.

Auf der religiösen Konfliktlinie finden sich einesteils erwartete, andernteils ausgesprochen erstaunliche Resultate. In die erste Kategorie gehören die negativen Effekte der Kirchenmitgliedschaft in den alten Bundesländern, da Christen nach der Cleavage-Theorie eine in ihrem Wahlverhalten stabilisierte Gruppe darstellen. Erstaunlich ist allenfalls, daß dieser Effekt gerade bei den lagerübergreifenden Wählerbewegungen ausbleibt. Auf die neuen Bundesländer läßt sich dieses Muster nur sehr bedingt übertragen. Zwar hemmt die Zugehörigkeit zur evangelischen oder

katholischen Kirche auch in den neuen Ländern die lagerexterne Wechselbereitschaft nachweisbar, aber eben nur diese. Für den Parteiwechsel über die Grenzen der politischen Lager hinweg erwies sich eine Kirchenmitgliedschaft 1998 in Ostdeutschland sogar eher als förderlich. Da diese Wirkung sich hauptsächlich beim Wechsel von der alten zur neuen Regierungskoalition beobachten läßt (siehe Tabelle 4), könnte man von einem Mißtrauensvotum der ostdeutschen Christen gegen ihre politische Interessenvertretung sprechen.

Weit überraschender als diese ungewöhnlichen Einzelbefunde ist jedoch die Tatsache, daß zwar die *Kirchenmitgliedschaft* einen merklichen Effekt ausübt, nicht aber die *Kirchenbindung*<sup>11</sup>. Denn aus theoretischer Perspektive sollte, wenn der religiösen Konfliktlinie überhaupt eine Bedeutung für das Wahlverhalten zukommt, die Kirchenbindung den Ausschlag geben, da sie viel stärker als die bloße Mitgliedschaft, die sich in einem reinen Taufscheinchristentum erschöpfen kann, über die – modellogisch nahe am Wahlverhalten liegenden – Einstellungen einer Person Auskunft gibt. Inwieweit es sich bei diesem Resultat um ein Spezifikum der Wahl 1998 oder einen auf die Wechselwahl beschränkten Befund handelt, kann hier nicht geklärt werden.

Die plausible Erwartung, soziale *cross-pressures* machten die Wechselwahl wahrscheinlicher, wird in der Empirie weitgehend enttäuscht. Lediglich in Ostdeutschland sind kirchlich gebundene Arbeiter der Tendenz nach besonders wechselfreudig. Im Westen der Republik tritt dagegen ein genau entgegengesetzter Effekt auf: Vor allem Wählerbewegungen zwischen den politischen Lagern kommen unter den kirchengebundenen Arbeitern außerordentlich selten vor.

Zusammengenommen belegen die vorgestellten Ergebnisse hauptsächlich die schwache Verknüpfung des Parteiwechsels mit der sozialstrukturellen Position eines Wählers. Dies geht erstens aus der in allen Fällen geringen Gesamterklärungskraft der Cleavage-Modelle hervor. Zweitens spricht die Vielzahl kontraintuitiver Befunde für die geringe Erklärungskraft einer ausschließlich sozialstrukturell orientierten Argumentation. Deshalb erscheint es für die Parteien nicht ratsam, ihre Wahlkampf Bemühungen allein oder überwiegend auf einzelne soziale Gruppen zu konzentrieren.

## 5.2. Wechselwahl in sozialpsychologischer Perspektive

Ein kursorischer Blick auf die logistischen Regressionsmodelle zum Michigan-Modell (siehe Tabellen 5 bis 7) zeigt bereits, daß die Parteien gut daran getan haben, nach der Wahl 1998 über die Motive der Wechselwähler zu diskutieren. Denn

11 Da die Kirchenbindung in einer Kontrollanalyse ohne Berücksichtigung der Kirchenmitgliedschaft ebenfalls keine Wirkung entfaltet, kann unser Ergebnis als stabil gelten.

Tabelle 5: Logistische Regression verschiedener Typen der Wechselwahl auf sozialpsychologische Variablen (Westdeutschland; Logitkoeffizienten; Standardfehler in Klammern)

	Sämtliche Wechsel	Lagerinterne Wechsel	Interlagerwechsel	Lagerexterne Wechsel
Konstante	.02 (.35)	-2.21** (.70)	-.46 (.44)	-1.63** (.57)
Parteiidentifikation (PID) <sup>a</sup>	-.58 (.39)	.69 (.73)	-1.22* (.52)	-1.58* (.72)
Konflikt zwischen PID und Kompetenzzuweisung <sup>b</sup>	-.07 (.21)	.13 (.27)	-.33 (.31)	-.11 (.54)
Konflikt zwischen Kompetenzzuweisungen <sup>c</sup>	-.06 (.19)	.09 (.25)	-.20 (.27)	-.59 (.50)
Wechselnde Kompetenzzuweisung <sup>d</sup>	1.21*** (.18)	.74** (.26)	1.76*** (.28)	1.06* (.42)
Wechselnde Kandidatenpräferenz <sup>e</sup>	1.31*** (.17)	.58* (.27)	1.93*** (.25)	.86* (.40)
- 2LL (Nullmodell)	514.4	222.9	382.9	105.9
Modell-Chi <sup>2</sup>	162.7***	18.8**	196.9***	16.3**
Korrig. Pseudo-R <sup>2</sup> (x 100)	30.4	5.7	49.7	9.6
Korrekte Prognosen (in %)	81.3	89.2	90.3	96.4
N	445	348	384	325

Signifikanzniveaus: \*:  $p < 0.05$ , \*\*:  $p < 0.01$ , \*\*\*:  $p < 0.001$ .

Für die abhängigen Variablen siehe Tabelle 2.

a 1: Parteianhänger; 0: kein Parteianhänger.

b -1: Kompetenz, das wichtigste Problem zu lösen, wird der Partei zugeschrieben, der der Befragte zuneigt; 0: keine Parteibindung oder Indifferenz bezüglich Parteienkompetenz; 1: Kompetenz wird anderer Partei zugewiesen als derjenigen, der der Befragte zuneigt.

c -1: Befragter weist ein und derselben Partei Kompetenz zu, sowohl das wichtigste als auch das zweitwichtigste Problem zu lösen; 0: mindestens einmal Indifferenz; 1: Befragter weist zwei unterschiedlichen Parteien die Kompetenz zu.

d -1: Präferenz 1994 und 1998 für den Kandidaten der gleichen Partei; 0: mindestens einmal Indifferenz; 1: 1994 und 1998 Präferenz für Kandidaten unterschiedlicher Parteizugehörigkeit.

e -1: 1994 und 1998 dieselbe Partei kompetent, das wichtigste Problem zu lösen; 0: mindestens einmal Indifferenz; 1: 1994 und 1998 zwei verschiedene Parteien kompetent.

politische Einstellungen sind recht gut geeignet, die Änderung von Wahlentscheidungen zu erklären. Bezogen auf alle Wählerbewegungen, vermögen die fünf verwendeten Größen in den neuen Bundesländern 17 Prozent und in den alten Ländern sogar über 30 Prozent Devianz zu reduzieren. In Ostdeutschland kommen mithin Parteiwechsel zwar häufiger vor als im Westen; sie lassen sich jedoch deutlich schlechter erklären.

Auf diesen unterschiedlichen Niveaus treten in beiden Landesteilen charakteristische Unterschiede zwischen den einzelnen Typen der Wechselwahl auf. Am

Tabelle 6: Logistische Regression verschiedener Typen der Wechselwahl auf sozialpsychologische Variablen (Ostdeutschland; Logitkoeffizienten; Standardfehler in Klammern)

	Sämtliche Wechsel	Lagerinterne Wechsel	Interlagerwechsel	Lagerexterne Wechsel
Konstante	.26 (.20)	-1.92*** (.40)	-1.41*** (.34)	-.13 (.22)
Parteiidentifikation (PID)	-.46* (.22)	-.44 (.45)	.04 (.38)	-.87*** (.26)
Konflikt zwischen PID und Kompetenzzuweisung	-.31 (.16)	-.74* (.32)	-.37 (.24)	-.26 (.21)
Konflikt zwischen Kompetenzzuweisungen	-.01 (.14)	.12 (.26)	-.22 (.22)	.07 (.18)
Wechselnde Kompetenzzuweisung	1.15*** (.15)	1.01*** (.28)	1.06*** (.23)	1.26*** (.19)
Wechselnde Kandidatenpräferenz	.75*** (.14)	-.09 (.29)	1.57*** (.22)	.56** (.19)
- 2LL (Nullmodell)	797.7	250.9	410.3	537.5
Modell-Chi <sup>2</sup>	136.4***	13.5*	130.9***	86.5***
Korr. Pseudo-R <sup>2</sup> (x 100)	16.3	3.0	30.4	14.9
Korrekte Prognosen (in %)	74.0	90.3	89.0	76.2
N	601	400	457	476

Signifikanzniveaus: \*:  $p < 0.05$ , \*\*:  $p < 0.01$ , \*\*\*:  $p < 0.001$ . Für die Variablen siehe Tabelle 5.

schlechtesten lassen sich stets mit einigem Abstand die Wählerbewegungen innerhalb eines politischen Lagers durch das Michigan-Modell erklären. An zweiter Stelle rangieren in West wie in Ost die lagerexternen Wählerströme, die naturgemäß nicht der Logik des Widerspiels zwischen Regierung und Opposition gehorchen. Die größte Erklärungsleistung bringt das Michigan-Modell in den alten wie in den neuen Bundesländern mit großem Vorsprung für den Interlagerwechsel. Diese Rangfolge erscheint aus demokratietheoretischer Perspektive insofern als erfreulich, als die Wählerströme, die den geringsten politischen Sprengstoff bergen, vom Modell am wenigsten gut erklärt werden können, während die machtpolitisch besonders brisanten Verschiebungen zwischen den Parteien am ehesten mit den vorgestellten Instrumenten erklärbar sind. Allerdings sollte dieses Ergebnis nicht allzusehr erstaunen, da die Argumente des Michigan-Modells anhand eines Zwei-Parteien-Systems entwickelt worden sind, in dem es *per definitionem* ausschließlich lagerübergreifende Wählerströme geben kann.

Die Erklärungskraft der einzelnen Prädiktoren variiert zum Teil erheblich. Beinahe ohne jeden Einfluß bleiben die beiden Indikatoren, die Einstellungskonflikte der Bürger zum Zeitpunkt der Wahl 1998 abbilden sollen. Ob jemand unterschied-

lichen Parteien die Fähigkeit zuschreibt, die beiden wichtigsten politischen Probleme in der Bundesrepublik zu lösen, spielt für die Wechselwahlbereitschaft überhaupt keine Rolle, und auch die Abweichung der Kompetenzzuweisung von der längerfristigen Parteibindung entfaltet nur sehr selten eine nachweisbare Wirkung – und falls doch, dann nicht in der erwarteten Weise: Sofern Kompetenzzuweisung und Parteidentifikation in verschiedene parteipolitische Richtungen weisen, wird in Ostdeutschland ein lagerinterner Wechsel unwahrscheinlicher. Nicht zuletzt dieses kontraintuitive Ergebnis spricht dafür, daß Einstellungskonflikte lediglich eine Begleiterscheinung, jedoch keine Ursache der Wechselwahl darstellen.

Größeren Einfluß auf die Wechselwahlentscheidung hat die Frage, ob sich ein Bürger als Anhänger einer Partei fühlt. In Ostdeutschland sind Parteianhänger unterdurchschnittlich häufig zur Wechselwahl bereit, was vor allem darauf zurückgeht, daß sie kaum zu lagerexternem Wechsel neigen. Letzteres gilt auch in den alten Bundesländern, was dafür spricht, daß Parteibindungen gegenüber einem Votum für außerhalb der Lagerlogik stehende Parteien tatsächlich, wie vom Modell her zu erwarten, weitgehend immunisieren. Darüber hinaus hat eine Parteibindung in Westdeutschland aber auch eine nachhaltig hemmende Wirkung auf die lagerübergreifenden Parteiwechsel, während die lagerinternen Wählerbewegungen in beiden Landesteilen von Parteiloyalitäten unberührt bleiben. Weniger gravierende Wählerbewegungen scheinen folglich mit einer affektiven Bindung an eine Partei vereinbar, während weitreichende Änderungen der Stimmentscheidung für Parteianhänger kaum möglich sind – ein Befund, der unsere theoretisch abgeleitete Klassifikation der Wechselwahl empirisch stützt. Jedoch gilt in Westdeutschland der hemmende Effekt nicht für alle Interlagerwechsel gleichermaßen: Der Übergang von der abgewählten schwarz-gelben Koalition zur neuen rot-grünen Regierung wird von einer Parteibindung nicht verhindert, Wählerbewegungen in die entgegengesetzte Richtung hingegen deutlich.

In ihrer Wirkung auf den Wechsel der Wahlentscheidung werden sowohl Einstellungskonflikte als auch Parteibindungen von Veränderungen in der Kompetenzzuweisung und der Kandidatenpräferenz zwischen 1994 und 1998 weit in den Schatten gestellt. Diese Diagnose rechtfertigt einerseits die Entscheidung, der Analyse Paneldaten zugrunde zu legen, da nur dieser Datentyp es ermöglicht, Veränderungen von Variablen zu messen. Andererseits stellt sie der Politik insofern ein gutes Zeugnis aus, als diese mit den Kandidatenimages und den Sachfragenorientierungen intuitiv die beiden zentralen Bestimmungsgrößen der Wechselwahl 1998 zum Gegenstand ihrer Auseinandersetzungen gewählt hat. Jedoch ist damit noch nichts darüber ausgesagt, wie bei der Wahl 1998 die Gewichte zwischen beiden Faktoren verteilt waren.

Betrachten wir zunächst sämtliche Wählerbewegungen, so wird eine interessante innerdeutsche Divergenz sichtbar. Während in den alten Bundesländern der Kandidateneffekt größer ausfällt als die Wirkung der Sachfragenorientierung, gilt in den neuen Ländern das umgekehrte Muster. Stark zugespitzt, haben 1998 Wech-

Tabelle 7: Logistische Regression der Wählerbewegungen zwischen den Lagern auf sozialpsychologische Variablen (Logitkoeffizienten; Standardfehler in Klammern)

	Regierung → Opposition		Opposition → Regierung	
	West	Ost	West	Ost
Konstante	-1.69** (.64)	-1.66*** (.39)	-1.00* (.51)	-2.96*** (.66)
Parteiidentifikation (PID)	-.76 (.74)	-.57 (.47)	-1.75** (.64)	.96 (.69)
Konflikt zwischen PID und Kompetenzzuweisung	-.87* (.44)	-.76* (.35)	.02 (.37)	-.04 (.30)
Konflikt zwischen Kompetenzzuweisungen	.10 (.33)	.02 (.29)	-.67 (.37)	-.31 (.30)
Wechselnde Kompetenzzuweisung	1.47*** (.34)	1.39*** (.30)	2.23*** (.43)	.66* (.30)
Wechselnde Kandidatenpräferenz	2.28*** (.33)	1.85*** (.30)	1.79*** (.33)	1.27*** (.29)
- 2LL (Nullmodell)	262.5	297.9	217.5	209.0
Modell-Chi <sup>2</sup>	141.3***	127.5***	106.8***	35.1***
Korrig. Pseudo-R <sup>2</sup> (x 100)	51.3	40.6	46.1	14.5
Korrekte Prognosen (in %)	93.4	92.5	93.8	92.2
N	352	427	338	396

Signifikanzniveaus: \*:  $p < 0.05$ , \*\*:  $p < 0.01$ , \*\*\*:  $p < 0.001$ . Für die Variablen siehe Tabelle 5.

selwähler in Westdeutschland primär kandidatenorientiert, in Ostdeutschland hingegen hauptsächlich anhand politischer Sachfragen entschieden.

Auf die einzelnen Arten der Wechselwahl läßt sich dieser Gesamtbefund jedoch nicht ohne weiteres übertragen. Lagerexterne Wählerbewegungen werden in beiden Landesteilen von Verschiebungen in der Kompetenzzuweisung und der Kandidatenpräferenz gefördert, und zwar in dieser Reihenfolge. Diese Rangordnung erstaunt wenig, da außerhalb der Lagerlogik stehende Parteien keinen Kanzlerkandidaten nominieren oder unterstützen. Die gleiche Dominanz der Sachfragenorientierung tritt in beiden Landesteilen auch im Falle der lagerinternen Wählerbewegungen auf. Das spricht prinzipiell für eine Interpretation dieses Wahlverhaltens als Ergebnis eines durchdachten Kalküls. Zweifel daran nährt jedoch das westdeutsche Ergebnis, wirkt hier doch eine Änderung in der Kandidatenpräferenz ebenfalls lagerintern wechselwahlstimulierend – ein Ergebnis, das vor dem Hintergrund unserer theoretischen Überlegungen eher überraschend wirkt und sich weniger vom Modell her als vielmehr psychologisch plausibel machen läßt.

Die Ergebnisse zu den lagerübergreifenden Wechseln – der Nagelprobe für die relative Erklärungskraft beider Einstellungstypen – zeichnen sich durch eine ausgeprägte Parallelität aus: Beiderseits der Elbe hat eine Änderung in der Kandidatenorientierung die lagerübergreifende Wechselwahl nachhaltiger beeinflusst als Verschiebungen in der Kompetenzzuweisung. 1998 sind die politisch brisantesten Wählerverschiebungen mithin stärker von Personen als von politischen Inhalten beeinflusst worden. Unterscheidet man jedoch weiter nach der politischen Richtung des Interlagerwechsels, so scheinen neue Differenzen auf. Auf der einen Seite wird der Wechsel von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu CDU/CSU und FDP in Ostdeutschland stärker von Kandidatenwahrnehmungen als von Kompetenzeinschätzungen beeinflusst, während in Westdeutschland letztere dominieren. Auf der anderen Seite haben bei der Entscheidung gegen die alten und für die neuen Regierungsparteien in beiden Landesteilen Veränderungen der Kandidatenorientierungen deutlichere Spuren hinterlassen als veränderte Kompetenzwahrnehmungen. Folglich kann man eher jenen Stimmen beipflichten, die in der parlamentarischen Mehrheit für das rot-grüne Bündnis vordringlich einen Auftrag zum Personalwechsel, nicht jedoch zu einem grundlegenden Politikwechsel sehen – nicht zuletzt deshalb, weil in den alten Ländern CDU/CSU und FDP von ihrer perzipierten Sachkompetenz stark profitiert haben.

### *5.3. Ein Gesamtmodell zur Erklärung der Wechselwahl 1998*

Die separate Analyse der Wechselwahl aus der Perspektive des Cleavage- und des Michigan-Modells gibt interessante Aufschlüsse, erlaubt es jedoch nicht, zwei Fragen zu beantworten. Erstens bleibt offen, welchen Beitrag beide Ansätze gemeinsam leisten können, um die Gründe für die Wechselwahl zu erhellen. Zweitens, und dies ist mindestens ebenso relevant, können getrennte Analysen keine Auskunft darüber geben, inwieweit beide Erklärungsmodelle einander ergänzen oder in Konkurrenz zueinander stehen. Zur Klärung dieser Fragen ist eine simultane Berücksichtigung beider Modelle unverzichtbar.

Bezogen auf die Erklärungsleistung, bestätigen die Gesamtmodelle die insgesamt ermutigenden Befunde der vorangegangenen beiden Abschnitte. In Westdeutschland lassen sich die Ursachen für die Wechselwahl mit den skizzierten Argumenten besser erhellen als in Ostdeutschland. Beiderseits der Elbe erweist sich die Unterscheidung mehrerer Wechseltypen, wie die beträchtlichen Differenzen in der Devianzreduktion belegen, als ausgesprochen fruchtbar: Die Gründe für lagerinterne Wechsel bleiben weitgehend im Dunkeln; etwas mehr Licht fällt schon auf die Motive der lagerexternen Wechsler; am besten jedoch vermögen die vorgestellten Argumente die Ursachen für die politisch besonders folgenreichen lagerübergreifenden Wählerbewegungen auszuleuchten. Allerdings gilt dies nicht für

Tabelle 8: Logistische Regression verschiedener Wechseltypen in Westdeutschland auf Cleavage- und sozialpsychologische Variablen (Logitkoeffizienten; Standardfehler in Klammern)

	Sämtliche Wechsel	Lagerinterne Wechsel	Interlagerwechsel	Lagerexterne Wechsel
Konstante	.48 (.46)	-1.32 (.77)	-.59 (.61)	-1.20 (.75)
Alter Mittelstand	-.79 (.50)	-.96 (.77)	-.44 (.73)	.20 (1.02)
Arbeiter	.59 (.39)	.42 (.53)	1.13* (.56)	.68 (.87)
Kirchenmitgliedschaft	-.27 (.35)	-.72 (.45)	.45 (.52)	-.58 (.72)
Kirchenbindung	-.20 (.44)	-.68 (.68)	.47 (.61)	-7.74 (35.57)
Gewerkschaftsmitgliedschaft	-.59 (.80)	-7.53 (23.61)	-.50 (.99)	.87 (1.21)
Kirchengebundene Arbeiter	-3.14** (1.12)	-6.89 (20.99)	-4.20** (1.34)	-1.68 (69.04)
Parteiidentifikation (PID)	-.66 (.41)	.70 (.76)	-1.57** (.57)	-1.42 (.76)
Konflikt zwischen PID und Kompetenzzuweisung	-.05 (.22)	.18 (.27)	-.32 (.33)	-.18 (.56)
Konflikt zwischen Kompetenzzuweisungen	-.01 (.19)	.18 (.25)	-.09 (.29)	-.48 (.50)
Wechselnde Kompetenzzuweisung	1.17*** (.19)	.66* (.26)	1.81*** (.31)	.83 (.45)
Wechselnde Kandidatenpräferenz	1.45*** (.19)	.78** (.29)	2.14*** (.27)	1.11* (.46)
- 2LL (Nullmodell)	514.4	222.9	368.7	105.9
Modell-Chi <sup>2</sup>	182.8***	33.8***	212.0***	25.9**
Korrig. Pseudo-R <sup>2</sup> (x 100)	33.0	9.7	54.1	13.0
Korrekte Prognosen (in %)	82.5	90.0	90.1	96.7
N	445	348	384	325

Signifikanzniveaus: \*:  $p < 0.05$ , \*\*:  $p < 0.01$ , \*\*\*:  $p < 0.001$ . Für die Variablen siehe Tabellen 2 und 5.

sämtliche Parteiwechsel dieses Typs gleichermaßen: Vor allem in Ostdeutschland lassen sich zwar die Gründe dafür, daß ein Bürger den alten Koalitionsparteien den Rücken zugekehrt und sich dem rot-grünen Bündnis zugewandt hat, gut erfassen; die umgekehrten Bewegungen jedoch bleiben weitgehend ohne angemessene Erklärung.



Tabelle 9: Logistische Regression verschiedener Wechseltypen in Ostdeutschland auf Cleavage- und sozialpsychologische Variablen (Logitkoeffizienten; Standardfehler in Klammern)

	Sämtliche Wechsel	Lagerinterne Wechsel	Interlagerwechsel	Lagerexterne Wechsel
Konstante	.06 (.23)	-1.95*** (.45)	-2.07*** (.42)	-.28 (.28)
Alter Mittelstand	.19 (.35)	-.70 (.89)	-.32 (.67)	.66 (.40)
Arbeiter	.58* (.23)	.14 (.42)	.54 (.42)	1.03*** (.29)
Kirchenmitgliedschaft	.08 (.23)	.65 (.39)	1.21*** (.35)	-1.21** (.38)
Kirchenbindung	-1.15 (.69)	-7.71 (31.45)	-1.43 (.97)	-.10 (.91)
Gewerkschaftsmitgliedschaft	-.89* (.42)	-7.09 (16.99)	-.20 (.62)	-1.41* (.61)
Kirchengebundene Arbeiter	1.40 (.93)	8.17 (31.46)	.61 (1.37)	.64 (1.26)
Parteiidentifikation (PID)	-.39 (.23)	-.51 (.46)	.25 (.41)	-.79** (.28)
Konflikt zwischen PID und Kompetenzzuweisung	-.28 (.16)	-.68* (.33)	-.29 (.25)	-.19 (.21)
Konflikt zwischen Kompetenzzuweisungen	-.01 (.14)	.07 (.26)	-.25 (.23)	.11 (.18)
Wechselnde Kompetenzzuweisung	1.17*** (.15)	1.01*** (.29)	1.19*** (.24)	1.29*** (.20)
Wechselnde Kandidatenpräferenz	.75*** (.14)	-.09 (.30)	1.62*** (.22)	.56** (.20)
- 2LL (Nullmodell)	797.7	250.9	410.3	537.5
Modell-Chi <sup>2</sup>	149.5***	28.6**	146.8***	115.3***
Korrig. Pseudo-R <sup>2</sup> (x 100)	17.2	6.6	32.8	19.2
Korrekte Prognosen (in %)	75.1	90.3	88.3	80.1
N	601	400	457	476

Signifikanzniveaus: \*:  $p < 0.05$ , \*\*:  $p < 0.01$ , \*\*\*:  $p < 0.001$ . Für die Variablen siehe Tabellen 2 und 5.

Auch was den Einfluß der einzelnen Prädiktoren angeht, reproduzieren die Gesamtmodelle weitgehend die Befunde der separaten Berechnungen. Die sozialstrukturelle Position eines Bürgers kann kaum etwas dazu beitragen, die Revision seiner vier Jahre zurückliegenden Wahlentscheidung zu erklären. Dazu sind politische Einstellungen viel besser in der Lage, doch gibt es auch hier deutliche Abstufungen in der Wirkung.

Tabelle 10: Logistische Regression der Wählerbewegungen zwischen den Lagern auf Cleavage- und sozialpsychologische Variablen (Logitkoeffizienten; Standardfehler in Klammern)

	Regierung → Opposition		Opposition → Regierung	
	West	Ost	West	Ost
Konstante	-1.92* (.89)	-2.38*** (.51)	-1.01 (.73)	-3.47*** (.75)
Alter Mittelstand	.09 (.91)	.39 (.76)	-1.11 (1.04)	-1.39 (1.52)
Arbeiter	1.68* (.76)	.89 (.52)	.99 (.72)	.06 (.63)
Kirchenmitgliedschaft	.49 (.69)	1.21** (.46)	.44 (.66)	1.26** (.46)
Kirchenbindung	-.49 (.83)	-1.67 (1.39)	.77 (.75)	-1.06 (1.20)
Gewerkschaftsmitgliedschaft	-.41 (1.15)	-1.23 (.96)	-1.88 (1.81)	.51 (.80)
Kirchengebundene Arbeiter	-3.27* (1.52)	-.23 (1.98)	-9.17 (19.06)	.36 (1.66)
Parteiidentifikation (PID)	-1.14 (.82)	-.43 (.50)	-2.11** (.73)	1.10 (.73)
Konflikt zwischen PID und Kompetenzzuweisung	-.85 (.44)	-.66 (.36)	.14 (.40)	-.04 (.32)
Konflikt zwischen Kompe- tenzzuweisungen	.14 (.35)	-.04 (.30)	-.52 (.39)	-.28 (.33)
Wechselnde Kompetenzzu- weisung	1.64*** (.39)	1.50*** (.32)	2.30*** (.46)	.77* (.32)
Wechselnde Kandidatenprä- ferenz	2.59*** (.38)	1.87*** (.30)	1.87*** (.35)	1.35*** (.31)
- 2LL (Nullmodell)	262.5	297.9	217.5	209.0
Modell-Chi <sup>2</sup>	152.5***	139.1***	118.1***	45.2***
Korrig. Pseudo-R <sup>2</sup> (x 100)	53.2	42.5	48.6	15.8
Korrekte Prognosen (in %)	92.9	92.9	93.5	91.6
N	352	427	338	396

Signifikanzniveaus: \*: p < 0.05, \*\*: p < 0.01, \*\*\*: p < 0.001. Für die Variablen siehe Tabelle 2 und 5.

Eine Inspektion der Einzelbefunde legt markante Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern offen. Bleiben in Ostdeutschland sämtliche bekannten Sozialstruktureffekte in den Gesamtmodellen erhalten, verlagern sich die Gewichte in Westdeutschland deutlich: Die Kirchenmitgliedschaft – in den reinen Cleavage-Modellen einer der einflussreichen Faktoren – büßt jegliche Wirkung ein. Der vermeintliche Kircheneffekt beruht also auf einer bestimmten Konstellation politischer Einstellungen unter Christen und Nicht-Christen. Unter allgemeinerem

Blickwinkel spricht dieses Ergebnis für einen wahlsoziologisch bedeutsamen innerdeutschen Unterschied: Im Westen sind politische Attitüden und sozialstrukturelle Merkmale weitaus enger miteinander verflochten als im Osten der Republik, wo beide weitgehend unabhängig nebeneinander stehen und daher additiv wirken.

Im Falle der Einstellungsgrößen sind die Verschiebungen weniger zahlreich, aber keineswegs weniger folgenschwer. An der relativen Einflußlosigkeit der statischen Größen – also der Parteibindungen und Einstellungskonflikte – ändert sich kaum etwas. Hingegen bleibt das relative Gewicht der beiden zentralen Bestimmungsgrößen der Wechselwahl, der Veränderungen der Kompetenzzuweisung und der Kandidatenpräferenzen, davon nicht unberührt. In Ostdeutschland bestätigt sich zwar nach wie vor der Eindruck von den sachfragenorientierten Wechselwählern – abgesehen von den überwiegend kandidatenorientierten Wechsler zwischen den Lagern. Im Westteil der Republik hingegen ist nicht nur diese Kategorie von Parteiwechslern stärker an Personen als an Programmen ausgerichtet, vielmehr trifft dies nun auf alle Typen von Wählerbewegungen zu<sup>12</sup>. Zugespitzt formuliert, kommen die ostdeutschen Wechsler dem Bild vom rationalen, issue-orientierten Wechsler (siehe Key 1966) nahe, während die westdeutschen als stärker an Kandidaten orientiert gelten müssen.

## 5. **Schlußbemerkungen**

Ebenso wie in zahlreichen früheren Wahlkämpfen versuchten die Parteien vor der Bundestagswahl 1998 nicht nur, ihre Anhänger zur Stimmabgabe zu mobilisieren, sondern darüber hinaus auch Bürger zu einer Revision ihrer vier Jahre zurückliegenden Wahlentscheidung zu bewegen. Basis dieser Bemühungen ist häufig die Vorstellung, die Wechselwähler ließen sich sozialstrukturell oder mittels bestimmter politischer Einstellungen identifizieren. Um diese Überlegungen zu überprüfen, haben wir in einem ersten Schritt eine Verbindung zum Cleavage-Ansatz und zum Michigan-Modell zur Erklärung von Wahlverhalten hergestellt und von diesen theoretischen Orientierungspunkten aus Hypothesen für das Auftreten wechselnden Wahlverhaltens entwickelt.

In der empirischen Analyse hat sich die bundesdeutsche Wählerschaft – gemessen anhand von Paneldaten – als erheblich flexibler erwiesen, als auf die gängige Rückerinnerungsfrage gestützte Untersuchungen bisher vermuten ließen. Dies kann erstens als eindrucksvolle Bestätigung der intensiven Wahlkampf Bemühungen der Parteien um Wechselwähler gesehen werden. Zweitens ist zu folgern, daß zahlreiche Beschreibungen des Elektorats in der Bundesrepublik dieses als erheblich zu

12 Diese Umkehrung läßt sich auf die Interaktion der Kirchenmitgliedschaft mit den Präferenzänderungen zurückführen.

statisch charakterisiert und dem Wettbewerbscharakter der politischen Auseinandersetzung systematisch zu wenig Gewicht beigemessen haben.

Die Versuche, den Parteiwechsel zu erklären, haben insgesamt ermutigende Ergebnisse erbracht, wobei die Erklärungsleistung für die alten Länder besser ausfiel als für die neuen. Der erfreuliche Gesamtbefund kommt nicht zuletzt dadurch zustande, daß die machtpolitisch folgenreichste Form der Wechselwahl, der Interlagerwechsel, ausgesprochen gut erklärt werden kann, was unter anderem deshalb attraktiv wirkt, als hier politische Relevanz und empirische Erklärungskraft zusammenfallen. Insbesondere dieser Spezies von Parteiwechslern wird deshalb die Charakterisierung der Wechselwähler als "unbekannte Wesen" (Jung 1991: 208) nur sehr bedingt gerecht.

Was die einzelnen Gründe für die Wechselwahl angeht, hat sich der sozialstrukturelle Ansatz als empirisch wenig erklärungskräftig herausgestellt. Häufig kommt ihm keinerlei Erklärungskraft zu, oder, noch weniger erfreulich, die empirischen Effekte laufen den theoretischen Erwartungen sogar oft genau entgegen. Dieses Resultat rechtfertigt die Zurückhaltung der Parteien, bestimmte soziale Gruppen als solche zur Wechselwahl zu animieren, und die Entscheidung der SPD, den Begriff "Neue Mitte" eher als semantische Nebelkerze denn als klare Kategorie zu verwenden.

Ein weit größeres Potential, wechselndes Wahlverhalten zu erklären, besitzen politische Einstellungen, jedoch auch diese nicht alle in gleichem Maße. Statische Größen, wie die Parteibindung zum Zeitpunkt der Wahl 1998, haben meist geringeren Einfluß als dynamische Größen, also Einstellungsänderungen. Dieses Ergebnis unterstreicht erstens die generelle Fruchtbarkeit einer Untersuchung der Wechselwahl anhand von Paneldaten, da ausschließlich Wiederholungsbefragungen die Einbeziehung dynamischer Erklärgrößen in Individualdatenanalysen gestatten. Zweitens nährt dieses Resultat den Verdacht, daß in den vorliegenden Wechselwahlanalysen – mangels geeigneter Daten – häufig als Determinante identifiziert wird, was sich bei genauerem Hinsehen als reines Korrelat herausstellt.

Die relative Wirkung der beiden dynamischen Größen unterscheidet sich zwischen West- und Ostdeutschland. In den alten Bundesländern sind die Wechselwähler jeden Typs stärker an Kandidaten als an Kompetenzzuweisungen orientiert. In den neuen Ländern gilt das genaue Gegenteil – mit Ausnahme der politisch folgenreichen Interlagerwechsel, wo ebenfalls die Bedeutung der Kandidaten die der Programme überwiegt. Deshalb darf man – bezogen auf unsere Ausgangsfrage – jenen beipflichten, die hinter der Ablösung der schwarz-gelben Koalition durch ein rot-grünes Bündnis weniger den Wählerwunsch nach einem fundamentalen Politikwechsel als vielmehr primär das Verlangen nach einem Personalrevirement vermuteten.

Unsere Analysen haben einige Fragen beantworten können, doch machen sie auch auf Forschungsdesiderate aufmerksam. Erstens weisen die deutlichen Diskrepanzen in der Erklärungskraft der Modelle für die Wechselwahl in West- und Ostdeutschland darauf hin, daß künftig nach spezifisch ostdeutschen Volatilitätsursa-

chen geforscht werden sollte. Zweitens drängt sich angesichts der ausgesprochen dürftigen Ergebnisse bei der Analyse des Binnenlagerwechsels die Frage nach den Gründen für diese Art des Wechsels auf. Verbergen sich dahinter kurzfristige taktische Kalküle, oder changieren diese Stimmbürger gleichsam zufällig zwischen zwei Parteien? Drittens schließlich bleibt die Frage nach der Entwicklung des relativen Gewichts von Kandidaten- und Problemorientierung zu klären: Ist die Kandidatendominanz eine neue Erscheinung, gewissermaßen ein Produkt der zunehmenden "Amerikanisierung" der politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik? Oder haben sich die strategisch zentralen Wechselwähler schon immer eher von Kandidaten als von Sachthemen zum Parteiwechsel animieren lassen?

## Literatur

- von Alemann, Ulrich, 1999: Der Wahlsieg der SPD von 1998: Politische Achsenverschiebung oder glücklicher Ausreißer? S. 37-62 in: Oskar Niedermayer (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998. Opladen: Leske und Budrich.
- Andrefß, Hans-Jürgen, Jacques A. Hagenaars und Steffen Kühnel, 1997: Analyse von Tabellen und kategorialen Daten. Berlin: Springer.
- Bartels, Larry M., 1999: Panel Effects in the American National Election Studies, *Political Analysis* 8: 1-20.
- Baur, Detlef, 1976: Wählerwanderungen und Wahlprognosen. Ein Vergleich zweier Erhebungsmethoden zur Ermittlung von Wanderungsbilanzen, *Zeitschrift für Politik* 23: 281-294.
- Belknap, George, und Angus Campbell, 1952: Political Party Identification and Attitudes toward Foreign Policy, *Public Opinion Quarterly* 15: 601-623.
- Benewick, R. J., A. H. Birch, J. G. Blumler und Alison Ewbank, 1969: The Floating Voter and the Liberal View of Representation, *Political Studies* 17: 177-195.
- Berelson, Bernard R., Paul F. Lazarsfeld und William N. McPhee, 1954: *Voting. A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign*. Chicago: University of Chicago Press.
- Berger, Manfred, Wolfgang Gibowski, Dieter Roth und Wolfgang Schulte, 1983: Stabilität und Wechsel. Eine Analyse der Bundestagswahl 1980. S. 12-57 in: Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann (Hg.): *Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Butler, David, und Donald Stokes, 1969: *Political Change in Britain. Forces Shaping Electoral Choice*. London: Macmillan.
- Bybee, Carl R., Jack M. McLeod, William D. Luetscher und Gina Garramone, 1981: Mass Communication and Voter Volatility, *Public Opinion Quarterly* 45: 69-90.
- Cahalan, Don, 1968: Correlates of Respondent Accuracy in the Denver Validity Survey, *Public Opinion Quarterly* 32: 607-621.
- Campbell, Angus, Gerald Gurin und Warren E. Miller, 1954: *The Voter Decides*. Evanston, IL: Row, Peterson.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes, 1960: *The American Voter*. New York: Wiley.

- Converse, Philip E.*, 1962: Information Flow and the Stability of Partisan Attitudes, *Public Opinion Quarterly* 26: 578-599.
- Converse, Philip E.*, 1969: Of Time and Partisan Stability, *Comparative Political Studies* 2: 139-171.
- Converse, Philip E.*, 1976: *The Dynamics of Party Support*. Beverly Hills: Sage.
- Crewe, Ivor*, 1981: Why the Conservatives Won. S. 263-305 in: *Howard R. Penniman* (Hg.): *Britain at the Polls, 1979. A Study of the General Election*. Washington/London: American Enterprise Institute.
- Dahrendorf, Ralf*, 1957: *Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft*. Stuttgart: Enke.
- Dalton, Russell J.*, und *Robert Rohrschneider*, 1990: Wählerwandel und die Abschwächung der Parteineigungen von 1972 bis 1987. S. 297-324 in: *Max Kaase* und *Hans-Dieter Klingemann* (Hg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Daudt, Harry*, 1961: Floating Voters and the Floating Vote. Leiden: Stenfert Kroese.
- van der Eijk, Cees*, und *Broer Niemöller*, 1979: Recall Accuracy and its Determinants, *Acta Politica* 14: 289-342.
- Falter, Jürgen W.*, und *Hans Rattinger*, 1997: Die deutschen Parteien im Urteil der öffentlichen Meinung 1977-1994. S. 495-513 in: *Oscar W. Gabriel*, *Oskar Niedermayer* und *Richard Stöss* (Hg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Falter, Jürgen W.*, und *Harald Schoen*, 1999: Wahlen und Wählerverhalten. S. 454-470 in: *Thomas Ellwein* und *Everhard Holtmann* (Hg.): *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Falter, Jürgen W.*, und *Harald Schoen*, 2000: Wechselwähler in Deutschland: Wählerelite oder politischer Flugsand? S. 13-33 in: *Oskar Niedermayer* und *Bettina Westle* (Hg.): *Demokratie und Partizipation*. Festschrift für Max Kaase. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Faul, Erwin*, 1960: Soziologie der westdeutschen Wählerschaft. S. 135-315 in: *Dolf Sternberger*, *Friedrich Erbe*, *Peter Molt* und *Erwin Faul*: *Wahlen und Wähler in Westdeutschland*. Villingen: Ring-Verlag.
- Finkel, Steven E.*, und *Peter Schrott*, 1994: Wählerstimmen durch Wahlkämpfe? Eine Analyse der Bundestagswahl 1990, *ZUMA-Nachrichten* 34: 7-34.
- Gabriel, Oscar W.*, 1997: Parteiidentifikation, Kandidaten und politische Sachfragen als Bestimmungsfaktoren des Parteienwettbewerbs. S. 233-254 in: *Oscar W. Gabriel*, *Oskar Niedermayer* und *Richard Stöss* (Hg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Gabriel, Oscar W.*, und *Frank Brettschneider*, 1994: Soziale Konfliktlinien und Wählerverhalten: Die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl im Kontext der längerfristigen Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland. S. 7-45 in: *Hans Rattinger*, *Oscar W. Gabriel* und *Wolfgang Jagodzinski* (Hg.): *Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland*. Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Gabriel, Oscar W.*, und *Frank Brettschneider*, 1998: Die Bundestagswahl 1998: Ein Plebiszit gegen Kanzler Kohl?, *Aus Politik und Zeitgeschichte* B52: 20-32.
- Gehring, Uwe W.*, 1994: Wählerwanderungsanalysen der Bundestagswahl 1990: Eine Überprüfung des infas-Konzepts mit Daten der Forschungsgruppe Wahlen. S. 93-112 in: *Hans Rattinger*, *Oscar W. Gabriel* und *Wolfgang Jagodzinski* (Hg.): *Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland*. Frankfurt a.M.: Peter Lang.

- Gluchowski, Peter*, 1983: Wahlerfahrung und Parteiidentifikation: Zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. S. 442-477 in: *Max Kaase* und *Hans-Dieter Klingemann* (Hg.): *Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gluchowski, Peter*, und *Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff*, 1997: Sozialstrukturelle Grundlagen des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik Deutschland. S.179-208 in: *Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer* und *Richard Stöss* (Hg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Güllner, Manfred*, 1983: Zwischen Stabilität und Wandel. Das politische System nach dem 6. März 1983, *Aus Politik und Zeitgeschichte B14*: 19-30.
- Hermens, Ferdinand A.*, 1968: *Demokratie oder Anarchie? Eine Untersuchung über die Verhältniswahl*. 2. Auflage, Köln/Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Himmelweit, Hilde T., Marianne Jaeger Biberian* und *Janet Stockdale*, 1978: Memory for Past Vote: Implications of a Study of Bias in Recall, *British Journal of Political Science* 8: 365-375.
- Himmelweit, Hilde T., Patrick Humphreys* und *Marianne Jaeger*, 1985: *How Voters Decide*. 2. überarbeitete Auflage, Philadelphia: Open University Press.
- Juhász, Zoltán*, 1993: Wahlabsicht und Rückerinnerung – zwei Angaben zur aktuellen Bewertung der politischen Parteien? S. 27-50 in: *Oscar W. Gabriel* und *Klaus G. Troitzsch* (Hg.): *Wahlen in Zeiten des Umbruchs*. Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Jung, Matthias*, 1991: Der Wechselwähler – das unbekannte Wesen. S. 208-223 in: *Hans-Georg Wehling* (Hg.): *Wahlverhalten*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Jung, Matthias*, und *Dieter Roth*, 1998: Wer zu spät geht, den bestraft der Wähler, *Aus Politik und Zeitgeschichte B52*: 3-18.
- Kaase, Max*, 1965: Analyse der Wechselwähler in der Bundesrepublik. S. 113-125 in: *Erwin K. Scheuch* und *Rudolf Wildenmann* (Hg.): *Zur Soziologie der Wahl. Sonderheft 9 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Köln/Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kaase, Max*, 1967: *Wechsel von Parteipräferenzen*. Meisenheim am Glan: Anton Hain.
- Key, Vladimir O.*, 1966: *The Responsible Electorate. Rationality in Presidential Voting 1936-1960*. New York: Random House.
- Klingemann, Hans-Dieter*, 1985: West Germany. S. 230-263 in: *Ivor Crewe* und *David Denver* (Hg.): *Electoral Change in Western Democracies. Patterns and Sources of Electoral Volatility*. London: Croom Helm.
- Klingemann, Hans-Dieter*, und *Franz Urban Pappi*, 1970: Die Wählerbewegungen bei der Bundestagswahl am 28. September 1969, *Politische Vierteljahresschrift* 11: 111-138.
- Klingemann, Hans-Dieter*, und *Jacob Steinwede*, 1993: Traditionelle Kerngruppenbindung der Wähler in der Bundesrepublik. S. 49-65 in: *Hans-Dieter Klingemann* und *Wolfgang Luthardt* (Hg.): *Wohlfahrtsstaat, Sozialstruktur und Verfassungsanalyse. Jürgen Fijalkowski zum 60. Geburtstag*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kort-Krieger, Ute*, 1994: *Wechselwähler*. Pfaffenweiler: Centaurus.
- Lazarsfeld, Paul F., Bernard Berelson* und *Hazel Gaudet*, 1944: *The People's Choice*. New York: Columbia University Press.
- Lipset, Seymour M.*, und *Stein Rokkan* 1967: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction. S. 1-64 in: *Seymour M. Lipset* und *Stein Rokkan* (Hg.): *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York/London: Collier, Macmillan.
- Milne, R.S.*, und *H. C. Mackenzie*, 1955: The Floating Vote, *Political Studies* 3: 65-68.

- Müller, Walter, 1997: Sozialstruktur und Wahlverhalten. Eine Widerrede gegen die Individualisierungsthese, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 49: 747-760.
- Müller, Walter, 1998: Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 50: 3-46.
- Noelle-Neumann, Elisabeth, und Matthias Reitzle, 1991: Was man aus der Bundestagswahl von 1987 lernen kann. Wahlforschung und Anwendung. S. 245-301 in: Hans-Joachim Veen und Elisabeth Noelle-Neumann (Hg.): Wählerverhalten im Wandel. Bestimmungsgründe und politisch-kulturelle Trends am Beispiel der Bundestagswahl 1987. Paderborn u.a.: Schöningh.
- Norpoth, Helmut, 1999: Elections and Political Change: a German *Sonderweg*? S. 87-99 in: Peter H. Merkl (Hg.): The Federal Republic of Germany at Fifty. Basingstoke: Macmillan.
- Pappi, Franz Urban, 1973: Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik, Politische Vierteljahresschrift 14: 191-213.
- Pappi, Franz Urban, 1977: Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht, Politische Vierteljahresschrift 18: 195-229.
- Pappi, Franz Urban, 1986: Das Wahlverhalten sozialer Gruppen bei Bundestagswahlen im Zeitvergleich. S. 369-384 in: Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase (Hg.): Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Pappi, Franz Urban, 1990: Klassenstruktur und Wahlverhalten im sozialen Wandel. S. 15-30 in: Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Pappi, Franz Urban, 1999: Die Abwahl Kohls. Hauptergebnis der Bundestagswahl 1998?, Zeitschrift für Politik 46: 1-29.
- Pappi, Franz Urban, und Peter Mnich, 1992: Germany (BRD). S. 179-204 in: Mark Franklin, Tom Mackie, Henry Valen et al.: Electoral Change: Responses to Evolving Social and Attitudinal Structures in Western Countries. Cambridge: Cambridge University Press.
- Powers, Edward A., Willis J. Goudy und Pat M. Keith, 1978: Congruence Between Panel and Recall Data in Longitudinal Research, Public Opinion Quarterly 42: 380-389.
- Radunski, Peter, 1980: Wahlkämpfe. München: Olzog.
- Rattinger, Hans, 1994a: Demographie und Politik in Deutschland: Befunde der repräsentativen Wahlstatistik 1953-1990. S. 73-122 in: Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Rattinger, Hans, 1994b: Parteieigungen, Sachfragen- und Kandidatenorientierungen in Ost- und Westdeutschland 1990 bis 1992. S. 267-315 in: Hans Rattinger, Oscar W. Gabriel und Wolfgang Jagodzinski (Hg.): Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland. Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Reiter, Howard L., 1980: The Perils of Partisan Recall, Public Opinion Quarterly 44: 385-388.
- Rose, Richard, und Ian McAllister, 1990: The Loyalties of Voters. A Lifetime Learning Model. London: Sage.
- Särilvik, Bo, und Ivor Crewe, 1983: Decade of Dealignment. Cambridge: Cambridge University Press.



- Schmitt-Beck, Rüdiger*, und *Peter Schrott*, 1994: Dealignment durch Massenmedien? Zur These der Abschwächung von Parteibindungen als Folge der Medienexpansion. S. 543-572 in: *Hans-Dieter Klingemann* und *Max Kaase* (Hg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schoen, Harald*, 2000: Den Wechselwählern auf der Spur: Recall- und Paneldaten im Vergleich. S. 199-226 in: *Jan van Deth*, *Hans Rattinger* und *Edeltraud Roller* (Hg.): *Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit*. Opladen: Leske + Budrich.
- Schuman, Howard*, und *Stanley Presser*, 1981: *Questions and Answers in Attitude Surveys*. New York: Academic Press.
- Shively, W. Phillips*, 1979: The Development of Party Identification among Adults: Exploration of a Functional Model, *American Political Science Review* 73: 1039-1054.
- Stinchcombe, Arthur L.*, 1975: Social Structure and Politics. S. 557-622 in: *Fred I. Greenstein* und *Nelson W. Polsby* (Hg.): *Handbook of Political Science*, Vol. 3: *Macropolitical Theory*. Reading: Addison-Wesley.
- Stöss, Richard*, 1997: *Stabilität im Umbruch*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Weir, Blair T.*, 1975: The Distortion of Voter Recall, *American Journal of Political Science* 19: 53-62.
- Wiesenthal, Helmut*, 2000: Profilkrisis und Funktionswandel. Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zu einem neuen Selbstverständnis, *Aus Politik und Zeitgeschichte* B5: 22-29.
- Zelle, Carsten*, 1994: Steigt die Zahl der Wechselwähler? Trends des Wahlverhaltens und der Parteiidentifikation. S. 47-92 in: *Hans Rattinger*, *Oscar W. Gabriel* und *Wolfgang Jagodzinski* (Hg.): *Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland*. 2. Auflage, Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Zelle, Carsten*, 1995a: *Der Wechselwähler*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Zelle, Carsten*, 1995b: Social Dealignment vs. Political Frustration: Contrasting Explanations of the Floating Vote in Germany, *European Journal of Political Research* 27: 319-345.
- Zelle, Carsten*, 1998: Modernisierung, Personalisierung, Unzufriedenheit: Erklärungsversuche der Wechselwahl bei der Bundestagswahl 1994. S. 221-257 in: *Max Kaase* und *Hans-Dieter Klingemann* (Hg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Zuckerman, Alan S.*, *Nicholas A. Valentino* und *Ezra W. Zuckerman*, 1994: A Structural Theory of Vote Choice: Social and Political Networks and Electoral Flows in Britain and the United States, *Journal of Politics* 56: 1008-1033.